

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Mut zur
Perspektive**
Barbara Blaha

Kalter Putsch in Brasilien
Bernhard Leubolt und
Ricardo Borrman

**Bleiben – und
reformieren!**
Jeremy Corbyn

**Insel der Bevormundeten,
Insel der Seligen**
Evelyn Regner

**MASSE
UND
KLASSE**

Museum der Dinge | Berlin



EDITORIAL

Ist Österreich ein gespaltenes Land? Nicht mehr und nicht weniger als vor dem 2. Durchgang der Bundespräsidentenwahl. Natürlich brauchen 49,7-Stimmprozent für Norbert Hofer eine rasche und tiefgründige politische Reaktion. Aber der größte Graben dieses Landes hat sich wohl zwischen dem Erfolgsanspruch der Strache-FPÖ und der Wirklichkeit aufgetan. Nur das erklärt die hysterische Stimmungsmache gegen Medien, Wahlkommissionen und »Staatskünstler«, mit der die FPÖ die Manipulations-Paranoia ihrer AnhängerInnen füttert, nachdem ihr der schon sicher gewählte Sieg doch noch durch die Lappen gegangen ist. Zum zweiten Mal in einem Dreivierteljahr ist der scheinbar unaufhaltsame Erfolg der FPÖ gebremst worden. Das ist kein Grund, sich beruhigt zurückzulehnen. Es ist auch nicht beliebig oft wiederholbar, wenn sich in Österreichs Politik nicht Grundlegendes ändert, was mit dem Wechsel an Regierungs- und Parteispitze allerdings zumindest ansatzweise möglich scheint. Es zeigt aber jedenfalls, dass es auch keinen Grund gibt, wie das Kaninchen vor der Schlange zu sitzen und abzuwarten, wann man gefressen wird. Das Ergebnis der Bundespräsidentenwahlen gibt eine Atempause, um selbst wieder in die politische Offensive zu kommen und Vertrauen zurückzugewinnen.

Vor welchen Herausforderungen die SPÖ dabei steht, dazu nehmen in dieser Ausgabe zwei AutorInnen Stellung. Aufgrund der kurzfristigen Änderungen und der langfristigen Bedeutung dieser Frage, werden wir diese Debatte in den nächsten Ausgaben fortsetzen.

Barabra Blaha sieht die Sozialdemokratie gefordert, das Wollen mit dem Tun zu ergänzen. Der **personelle Wechsel** habe die grundlegenden **Probleme** der SPÖ noch **nicht gelöst**, die eigentlichen **Herausforderungen** stünden noch bevor.

Die **programmatische Neuausrichtung** müsse dabei Hand in Hand gehen mit einer **machtpolitischen Perspektive** zur Umsetzung konkreter Politik, argumentiert **Ludwig Dvořák**. **Rot-Blau** sei noch weniger als **Rot-Schwarz** ein Mittel zur **Lösung des Glaubwürdigkeitsproblems**. Die SPÖ müsse ihren Kompass, ihren Stolz und ihre Stärke wieder gewinnen, um auf neuen Wegen politische Mehrheiten zu schaffen.

Die politischen Turbulenzen nehmen global bedrohliche Ausmaße an. **Bernhard Leubolt und Ricardo Borrman**

beschäftigen sich mit den **sozialen Hintergründen** der Vorgänge in **Brasilien**, die sie als **Staatsstreik** qualifizieren. Dabei messen sie den Ergebnissen der Auseinandersetzungen **Vorbildcharakter** für die autoritäre oder demokratische **Weiterentwicklung** des gesamten **Subkontinents** zu.

In der **neuen außenpolitischen Kolumne** setzt sich **Caspar Einem** in dieser Ausgabe mit dem **Potenzial österreichischer Außenpolitik** auseinander.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe widmet sich einer europapolitischen Frage: Wie sieht einen Monat vor der Referendum in Großbritannien eine linke Perspektive auf den Brexit und die weitere Entwicklung der EU aus?

Dazu dokumentieren wir die **zentrale programmatische Rede** des Vorsitzenden der Labour Party, **Jeremy Corbyn**, in der er die Position des **kritischen »Ja«** seiner Partei zum **Verbleib in der EU** darlegt.

Für **Stefan Brocza** würde ein **britischer EU-Austritt** hingegen eine Vertiefung und **Weiterentwicklung der Union** ermöglichen.

Anders analysiert dies **Evelyn Regner**, die in einem **Brexit** einen **schweren Schlag für das europäische Projekt** sieht und die Veränderung der EU in den Vordergrund rücken möchte.

An dieser Stelle hakt **David Lizoain** ein, der Ansatzpunkte für eine **transnationale, soziale Reformpolitik** fordert, um sowohl der neoliberalen, als auch der **rechtspopulistischen Bedrohung** politisch **entgegenzutreten** zu können.

Peter Autengruber stellt schlaglichtartig die **Entwicklungen des Oktoberstreiks 1950** dar, die er als Co-Autor eines gerade erschienenen Buchs näher beleuchtet hat.

Nach den **Buchtipps** setzt sich das Schlusswort von **Elisabeth Blaha** mit der **Lohnentwicklung** der wichtigsten europäischen Wirtschaftsmacht, **Deutschlands**, auseinander.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



Form-Spray der Produktlinie »Action« der Kosmetik-Marke Florena, ab 1985, Hersteller: VEB Aerosol-Automat Karl-Marx-Stadt
© Sammlung Werkbundarchiv – Museum der Dinge /Foto: Armin Herrmann

Aktuelle Debatte **SPÖ im Umbruch?**

6 **Mut zur Perspektive**

VON BARBARA BLAHA

10 **Zwischen Depression und Euphorie**

VON LUDWIG DVOŘÁK

13 **Grundelemente der Außen- und Europapolitik**

AUSSENPOLITISCHE KOLUMNE VON CASPAR EINEM

14 **Kalter Putsch in Brasilien**

VON BERNHARD LEUBOLT UND RICARDO BORRMANN

Schwerpunkt **Brexit – Pro und Contra**

22 **Bleiben – und reformieren!**

VON JEREMY CORBYN

28 **Ohne England ist Europa besser dran**

VON STEFAN BROCUZA

30 **Insel der Bevormundeten, Insel der Seligen**

VON EVELYN REGNER

34 **Brexit: Ein Referendum über einen Schritt in die falsche Richtung**

VON DAVID LIZOAIN

40 **Nachlese: Oktoberstreik 1950**

VON PETER AUTENGRUBER

44 **Buchtipps**

Sachliches & Belletristisches

46 **Löhne und Deflation**

SCHLUSSWORT VON ELISABETH BLAHA

»Es ist nicht genug zu wollen. Man muss auch tun.«

Johann Wolfgang von Goethe

Mut zur Perspektive

Was ist zu tun, um die Sozialdemokratie wieder aufzurichten? Barbara Blaha plädiert nach dem personellen Wechsel an der Parteispitze für eine grundsätzliche, politische und organisatorische Neuausrichtung, um das zweifellos vorhandene große WählerInnenpotenzial für sozialdemokratische Politik zu nutzen.

Wenn einem das Wasser bis zum Hals steht und der Pegel weiter steigt gibt es zwei Möglichkeiten. Man kann beginnen zu schwimmen. Oder sich mit seinem Untergang abfinden. Im Pool heute: Die Sozialdemokratie. Viel ist in den letzten Wochen über den turbulenten Wiener Maiaufmarsch gesagt und geschrieben worden. Mehrheitlich gingen die Ableitungen in dieselbe Richtung: Die Sozialdemokratie ist nach 18 Wahlniederlagen ihres Vorsitzenden überdrüssig. Der hatte die Zeichen der Zeit anfangs noch nicht erkennen wollen und wurde durchaus rüde daran erinnert, dass dem Vorsitzenden vieles verziehen wird, nur eines nicht: Erfolglosigkeit. Nach dem Tabubruch, der öffentlichen Demütigung, bewahrheitete sich auch im Führungszirkel der Partei das eherne Gesetz, wonach sich, wer in der Politik auf Freundschaft Wert lege, tunlich einen Dackel kaufe. War Faymann gestern der unumstrittene Parteiführer gewesen, wurde er nun mit aller Unbarmherzigkeit für den Abwärtstrend der SPÖ verantwortlich gemacht.

Man muss weder Sympathie noch Mitleid mit dem davon-gejagten Vorsitzenden empfinden, um zum Schluss zu kommen: Ihm die Schuld für den Zustand der Bewegung alleine in die Schuhe zu schieben, greift entschieden zu kurz. Schon richtig: Die Krise der Sozialdemokratie ist auch ein Personalproblem. Aber wenn wir etwas aus den jüngsten politischen Entwicklungen in Großbritannien oder den USA lernen können, dann, dass es weniger Telegenität ist, die progressive Bewegungen befeuert, als vielmehr die Kombination aus Glaubwürdigkeit, Botschaft und einem kampagnenfähigen Apparat.

Es gibt nichts zu beschönigen: Inhaltlich ist die Sozialdemokratie so ausgedünnt, dass es selbst SpitzenfunktionärInnen oft nicht klar zu sein scheint wofür sie steht. Das gilt sowohl

für die Tagespolitik als auch für eine längerfristige, grundsätzlichere Orientierung.

REALLÖHNE SINKEN

Seit bald zwanzig Jahren sinken die Reallöhne von ArbeiterInnen; bundesweit explodieren die Mieten; die Arbeitslosigkeit ist auf einem Rekordhoch, statt Investitionsoffensiven ins Auge zu fassen wird das schulterzuckend als eine Art Naturzustand hingenommen; prekäre Beschäftigungsverhältnisse greifen um sich; die schwarzblaue Pensionsreform treibt künftige Generationen mit mathematischer Sicherheit in die Altersarmut – nachdem die SPÖ das 2003 zu Recht lautstark kritisiert hatte, zog sie es nach der neuerlichen Regierungsübernahme 2007 schlicht vor, darüber kein Wort mehr zu verlieren; was sich in der Pflege abspielt, ist ein Skandal, den tagtäglich zehntausende, vor allem Frauen, ausbaden müssen; mit der ÖVP mag eine Gesamtschule nicht umsetzbar sein – wo hat man aber z.B. versucht, wenigstens die Ganztageschule zu verwirklichen, für die es auch in der Volkspartei Sympathien gibt? Außenpolitisch hat sich die Sozialdemokratie überhaupt abgemeldet. Besonders verheerend ist das in ihrer Haltung zu Europa spürbar: Von den zentralen Verheißungen – eine Friedens- und eine Sozialunion werden zu wollen – ist in der EU nichts übrig.

Die Union ist das, was sie immer sein sollte: Ein riesiger Binnenmarkt, der Arbeitskräfte, Sozialstandards und Löhne in ein gnadenloses Wettrennen nach unten zwingt. Und was tun wir? Wir bemühen weiterhin die alten Floskeln, die niemand mehr glaubt und tun ansonsten: nichts. Die wenigen bekannten Positionen werden nicht glaubwürdiger, wenn man sie je nach vermeintlicher oder tatsächlicher Stimmungslage in ihr Gegenteil verkehrt. Ansichten mögen geteilt werden

oder nicht. Aber viel gefährlicher als die Ablehnung ist die Geringschätzung. Schon Machiavelli warnt seinen Fürsten, nichts sei in der Politik gefährlicher als verachtet zu werden. »In Verachtung gerät man, wenn man für leichtsinnig, verweichlicht, kleinherzig und unentschlossen gilt«. Quod erat demonstrandum: Angela Merkel, die in der Flüchtlingsfrage zumindest vorderhand nicht klein beigegeben hat, mag Sympathiepunkte eingebüßt haben. Aber selbst ihre Kritiker können nicht umhin zuzugestehen, dass sie an Profil gewonnen hat. Haltung kann auf ein Mindestmaß an Respekt rechnen. Werner Faymann, der sich zuerst als Menschenfreund in Szene setzte und dann als hartherziger Abriegler empfahl, wurde mit nassen Fetzen vom Platz gejagt. Dem Opportunisten ist die Schande selbst in den Augen derjenigen gewiss, denen er sich anbietet. Die Zukunft der SPÖ kann schon deshalb nicht im Schielen zur FPÖ bestehen: Es ist nicht nur vom Standpunkt der Grundwerte betrachtet falsch – wie sich von Simmering bis zum Burgenland deutlich ersehen lässt, bringt es auch nichts. Wer will schon die müde Kopie, wenn er das hasstrotzende Original haben kann?

PLANLOSIGKEIT IM BLINDFLUG

Zur Planlosigkeit im Konkreten gesellt sich der Blindflug im Großen und Ganzen. Der Kapitalismus ist 2008 für alle sichtbar an seine Grenzen gestoßen, unter enormen sozialen Opfern wurde das System mit knapper Not noch einmal mehr schlecht als recht stabilisiert. Niemand weiß, wie viel Zeit bis zur nächsten Krise bleibt. Sicher ist nur: Sie wird kommen. Und die Sozialdemokratie? Steht daneben und bemüht sich, nicht aufzufallen.

Der politische Preis, den die gemäßigte Linke in ganz Europa für ihre Nichtpolitik bezahlt ist hoch. Das betrifft nicht nur Wahlniederlagen. Besonders starke, einst gut verankerte Parteien wie die SPÖ erodieren auch strukturell rasant. Alle fünf Jahre verliert die Partei ein Viertel ihrer Mitglieder; nicht erst die Präsidentschaftswahl hat gezeigt, dass der Apparat der SPÖ im Grunde nicht mehr kampagnenfähig ist. Damit verliert sie ihren größten Wettbewerbsvorteil: den persönlichen Kontakt zur WählerInnenschaft. Eine starke Sozialdemokratie ist schlichtweg nicht denkbar, ohne eine starke Struktur, ohne Menschen.

Die Sozialdemokratie wird Menschen gewinnen können, wenn sie glaubwürdig ihre Interessen vertritt: Die Interessen arbeitender Menschen, die sich immer schwerer tun, über die Runden zu kommen, die sich Sorgen um die Bildung ihrer

Kinder machen oder die fürchten um ein würdiges Leben im Alter. Die Hypothek, die Faymann und vor ihm Gusenbauer, Klima und Vranitzky hinterlassen haben, besteht darin, stets behauptet zu haben, den 90 Prozent helfen zu wollen, die es sich aus eigenem nicht richten können – und es doch nie offensiv getan zu haben. Man braucht kein Clausewitz zu sein um zu wissen, dass man in der Defensive alleine auf Dauer keine Auseinandersetzung gewinnt.

Drei Fragen sind es, die nun endlich beantwortet werden müssen, wenn die Partei politisch nicht über die Planken gehen soll: 1.) Wen vertritt die SPÖ? 2.) Wie lässt sich Glaubwürdigkeit wieder gewinnen? 3.) Wie können die darniederliegenden Parteistrukturen wiederbelebt werden? Die Wortführer der Parteirechten wie der Linzer Bürgermeister Klaus Luger plädieren im Wesentlichen dafür, dem Hartz-IV-Kurs nachzueifern, mit dem sich die SPD für Jahrzehnte ins politische Aus befördert hat. Wesentlich realistischer scheint es mir, den steinigere Weg zu gehen: Den zur sozialen Interessensvertretung für diejenigen, die weder in der Wirtschaftskammer noch in der Industriellenvertretung beheimatet sind. Unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft oder ihrem Alter. Ihre Basis wird die Partei nur wiederbeleben können, wenn sie ihre Strukturen demokratisiert. Alle drei Erfordernisse, die politische Neuausrichtung, die Demokratisierung und schließlich die Auswahl geeigneten Personals wird Mut erfordern. Aber dieser Mut eröffnet auch neue politische Perspektiven. 🍷

BARBARA BLAHA

ist Germanistin und beruflich im Verlagswesen tätig.
Sie ist politische Leiterin des Kongress Momentum.

Zwischen Depression und Euphorie

Der Wechsel an der Partei- und Regierungsspitze hat große Teile der Sozialdemokratie euphorisiert. Diese Begeisterung muss jetzt für umfassende Veränderungen in der Partei genutzt werden. Denn die Neuaufstellung der Partei- und Regierungsspitze ist erst die Voraussetzung, nicht die Erfüllung der notwendigen Neuausrichtung. Ludwig Dvořák argumentiert, warum die Rot-Blau-Frage alles andere als der Ankerpunkt dieses Veränderungsprozesses ist und wie die Sozialdemokratie die aktuelle Zuversicht für die dauerhafte Wiedergewinnung ihres Stolzes und ihrer Kraft nutzen kann.

Die Schilder der engsten Getreuen verkündeten am 1. Mai in Wien »Werner, der Kurs stimmt« und ließen dabei tief blicken, wie entrückt die öffentliche Auseinandersetzung in der SPÖ bereits in den Wochen davor geführt worden war. Beide öffentlich in Erscheinung tretenden Konfliktparteien taten viel dafür, dass sie primär als Debatte über die Flüchtlingspolitik dargestellt wurde. Aber auch wenn der Umgang mit und der Richtungsschwenk in der Asylpolitik einer der letzten Nägel im Polit-Sarg von Rudolf Hundstorfer und Werner Faymann gewesen sein mag, ist das weder die tiefere Ursache für die politische Krise der SPÖ noch für den Sturz des Parteivorsitzenden gewesen. Die SPÖ hat vor der Fluchtwelle 2015 Wahlen verloren, sie hat es danach getan. Und die Ablöse des Parteichefs wurde letztlich offenbar nicht, wie von inseratenverwöhnten Medien gemutmaßt, von »Refugees-welcome-AktivistInnen« im Wiener Rathaus, sondern von fünf Bundesländerorganisationen in der Lobby des Favoritner Hotel Schani orchestriert.

NÜCHTERNER BEFUND

Die Ursache für die Dauerkrise der SPÖ, die ja auch große Teile der europäischen Sozialdemokratie erfasst hat, liegt nicht in einem einzelnen Politikfeld und auch nicht an einer einzelnen Person an der Spitze. Voraussetzung jeder erfolgreichen Therapie ist ein nüchterner Befund: Die Sozialdemokratie verliert Vertrauen und Zustimmung, weil nicht erkennbar ist, für wen sie eigentlich Politik macht; weil sie nicht klar sagt, was sie erreichen möchte und was sie dafür tut, um es umzusetzen; weil sie keine Vision für eine Lösung der vielen sozialen, wirtschaftlichen und moralischen Missstände vermittelt, die unser gegenwärtiges Wirtschafts- und Politiksystem täglich fühlbar macht; weil sie schließlich selbst nicht als Alternative, sondern als Teil der aktuellen (Un-)Ordnung auftritt.

In diesem Morast steckt die SPÖ seit Jahren fest und statt sich daraus zu befreien, versinkt sie weiter darin, wobei sie

das Tempo 2015 zweifellos beschleunigt hat. Der Umgang mit der Flüchtlingskrise war nicht Ursache, er war Symptom: Die sozialen Herausforderungen in Fragen der Budget-, Beschäftigungs-, Wohnungs- und Bildungspolitik werden seit Jahren mehr verdrängt als gelöst. In der Flüchtlingsfrage trug die Bundesregierung zuerst fast ein Jahr ihre Hilflosigkeit zur Schau, bevor sie in nackter Panik selbst dazu überging, die steigenden Flüchtlingszahlen für einen angeblich drohenden »Notstand« am Arbeitsmarkt, in der Sozialpolitik und beim Wohnbau verantwortlich zu machen, dessen Merkmale das Ergebnis einer fehlgeleiteten Budgetpolitik und der ständigen Blockadehaltung der ÖVP, nicht die Schuld syrischer Kriegsflüchtlinge ist.

In der SPÖ verzichtete man jahrelang auf eine ernsthafte Analyse der ständigen Niederlagen und flüchtete sich in oberflächliche Ausreden, die von der heterogenen Parteienlandschaft, über WählerInnenbeschimpfung bis hin zur Übernahme zentraler Argumente der FPÖ reichten und die »Sorgen der Menschen« auf die in inseratenverwöhnten Medien geschürten Ängste vor Fremden und Kriminalität reduzierten. Logisches Ergebnis der falschen Diagnose ist der Vorschlag einer falschen Therapie: Wenn wir uns mit der ÖVP auf Sicht nicht an der Macht halten können, dann vielleicht mit der FPÖ? Die katastrophalen Folgen der politischen Auslieferung an die ÖVP sollte also mit der politischen Auslieferung an die FPÖ geheilt werden. Dafür wurde auch der von Herbert Kickl entwickelte Mythos bemüht, die FPÖ sei eine »soziale Heimatpartei«, mit der sozialdemokratische Politik wesentlich einfacher umzusetzen sei. Ein Blick auf freiheitliche Programmatik und Praxis widerlegt diesen Mythos ohne Probleme: In der Sozialpolitik beschränkt sich das 20-seitige Kapitel des »Handbuchs für freiheitliche Politik« darauf, zu erläutern, warum alles besser werde, wenn man AusländerInnen etwas wegnehme. In Nationalrat und Landtagen stimmt die FPÖ in verlässlicher Regelmäßigkeit gegen Reichensteuern, Schulreform und die

Begrenzung der Maklerprovisionen und der privaten Mieten und für das finanzielle Aushungern der Arbeiterkammern.

Vor allem aber lassen die Werbetrommler für Rot-Blau eines außer Acht: Unsere Verluste haben ihre Ursache nicht in der »Ausgrenzung« der FPÖ, sondern darin, dass sich viele Menschen allein gelassen fühlen und den Eindruck haben, PolitikerInnen kümmern sich mehr um den eigenen Vorteil als um die Lösung täglich erlittener Probleme. Strategien für den Machterhalt der SPÖ interessieren nicht. Die Antworten der FPÖ mögen falsch sein, aber sie bieten die Möglichkeit, die eigene Wut zu äußern. Die SPÖ muss die Wut über Abstiegsängste, über Herabwürdigungen und Demütigungen in der Arbeitswelt aber selbst artikulieren und mit einem konkreten Programm bekämpfen. Rot-Blau hat nicht nur inhaltlich keine Perspektive, es steht v. a. auch für eine Politik, die den eigenen Machterhalt vor eine nachvollziehbare, problemlösende Politik setzt.

POLITISCHE ERZÄHLUNG


Der Ausweg aus der politischen Krise führt also nicht über eine ziellose Rot-Blau-Debatte, sondern über eine glaubhafte Neudefinition, für wen und wie die SPÖ Politik machen will. Die politische Erzählung der ÖVP beschränkt sich auf die Forderung nach »Blut, Schweiß und Tränen«, auf »harte Reformen nach Innen«, solange die Bauern, die großen Unternehmen und die Banken davon nicht getroffen werden. Die Erzählung der FPÖ zielt darauf ab, dass die »echten Österreicher« weniger opfern müssen, wenn die Ausländer den dreifachen Preis zahlen müssen. Warum nicht endlich eine »große Erzählung« von einer Gesellschaft, die allen Menschen, die hier leben, Arbeit, Wohlstand und Aufstiegsmöglichkeit bietet, die sicherstellt, dass es die Kinder einmal besser haben werden, und die garantiert, dass auch für die Älteren in Gesundheit und Pflege gut gesorgt ist? Der vom designierten Parteichef verwendete Begriff des »New Deal« deutet in diese Richtung. Er steht symbolisch für eine politische und wirtschaftliche Strategie, die die Auswirkungen einer verheerenden Wirtschaftskrise nicht als Naturgewalt akzeptiert hat, sondern die sprichwörtlich Berge versetzte, um die Krise zu überwinden und die Gesellschaft gerechter und demokratischer zu organisieren.

Doch eine politische Erzählung, wie sie in der Gegenwart am ehesten von Politikern wie Bernie Sanders oder Jeremy Corbyn repräsentiert werden, braucht die Beteiligung von Menschen, um eine gestaltende Kraft zu werden. Die SPÖ braucht nicht nur eine Erzählung und konkrete Konzepte für

eine demokratische Gesellschaft, sie braucht auch die Menschen, die diese Idee tragen. Die Voraussetzung für ein Wiedererstarken der SPÖ ist nicht die Liquidierung traditioneller Parteistrukturen, sondern ihre Stärkung und Demokratisierung. Das Wort von der »Mitmachpartei« heißt nicht nur, dass Barrieren eingerissen werden, um aktiv werden zu können. Es heißt auch, dass Engagement in der SPÖ Möglichkeiten der Mitbestimmung und der Mitgestaltung bieten muss.

STRATEGIE

Gelingt die politische und organisatorische Neuaufstellung stellt sich selbstverständlich die Frage, wie die neu formulierte Politik umzusetzen ist. So erfrischend die gelöste Stimmung an der Koalitionsspitze derzeit ist, sollten wir uns nicht darüber täuschen, dass noch jede Änderung an der Spitze einer der beiden Regierungsparteien der letzten acht Jahre zu einem kurzen Honey-Moon mit anschließendem Beziehungskrach geführt hat. Man soll die Hoffnung nicht aufgeben, dass die ÖVP sich nicht der Illusion hingibt, mit Kurz an der Spitze doch noch den Platz 1 zu schaffen oder als Juniorpartner mit Kanzler Strache auch gut zu fahren. Die SPÖ muss aber auch Alternativen dazu andenken, ohne – Stichwort Rot-Blau – die eigene Glaubwürdigkeit aufs Spiel zu setzen. Die Grundlage jedes Machtanspruchs ist die eigene Stärke, nicht die Gnade erhoffter Partner. Um realistisch Politik gestalten zu können, muss die SPÖ genug Vertrauen gewinnen, um jenseits von FPÖ und ÖVP Mehrheiten zu schaffen, sie muss jedenfalls wieder die 30%-Marke knacken. Schwierige Zeiten erfordern auch mutige Lösungen. Die erfolgreichste Phase sozialdemokratischer Politik in Österreich wurde durch eine Phase der Minderheitsregierung eingeleitet. Gestützt auf eine Zusammenarbeit oder Tolerierung durch Grüne und NEOS und mit eigenen Vorschlägen auch ÖVP und FPÖ dazu zu zwingen, Farbe in Sozial- und Bildungspolitik zu bekennen: Wäre das nicht ein Weg auf Grundlage klarer politischer Haltungen die festgefahrenen Positionen aufzubrechen?

All diese Überlegungen stehen aber hinter der Entwicklung eines überzeugenden Programms zurück, das die Arbeitslosigkeit senkt, die Einkommen erhöht, Wachstum und Innovation fördert, Gerechtigkeit schafft, den Sozialstaat stärkt und vor allem: Die Anfangs-Euphorie zu einer dauerhaften Zuversicht umzuwandeln und die SPÖ aus ihrer Dauer-Depression zu holen und zu einer Partei zu machen, die stolz auf sich ist und auch zu rwwecht sein kann. 

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

ISSN 0037-4482

SIBYLLE

1186

Verlag für die Frau
DDR · Leipzig · Berlin
Januar/Februar
DDR 2,50 M
Ungarn 30,00 Forint



Neue Farben - Neue Formen

MASSE UND KLASSE

Museum der Dinge | Berlin

In der Ausstellung »Masse und Klasse. Gebrauchsgrafik in der DDR« zeigt das Werkbundarchiv – Museum der Dinge Gestaltungen für Bücher, Zeitschriften und Schallplatten sowie für Produktverpackungen, Reklame und Plakate – gebrauchsgrafische Arbeiten, die, massenhaft produziert, den visuellen Alltag der DDR prägten. Die Ausstellung geht der Frage nach, was diesen Teil der ästhetischen Kultur in der DDR charakterisiert hat. Welche Bilder, Schriften, Materialien und Farben fanden Verwendung; welche Eigenheiten und Qualitäten sowie Bezüge zu internationalen Trends lassen sich erkennen?

Gezeigt und auf unterschiedliche Qualitäten hin befragt werden sowohl ausgewählte Gestaltungen für den Konsumbereich – oft anonyme Arbeiten wie Verpackungen und Werbungen – als auch namhafte Entwürfe für kulturelle Auftraggeber, wie etwa Buchreihen oder Plakate. »Masse und Klasse. Gebrauchsgrafik in der DDR« stellt exemplarisch Akteure und Arbeitsstrukturen vor und spürt den Möglichkeiten und Grenzen des Grafikdesigns in der DDR nach. So thematisiert die Ausstellung das Improvisieren in einem durch knappe Ressourcen geprägten und von politischen Forderungen beeinflussten Arbeitsumfeld.

Sonderausstellung bis August 2016
Donnerstag bis Montag 12.00 – 19.00 Uhr
Werkbundarchiv – Museum der Dinge
Oranienstraße 25, 10999 Berlin

MASSE UND KLASSE

Museum der Dinge | Berlin



Zeitschrift »Das Magazin«, Ausgabe 1/1963, Verlag »Das Neue Berlin« Titelgestaltung:
Werner Klemke, © Sammlung Werkbundarchiv – Museum der Dinge / Foto: Armin Herrmann

Grundelemente der Außen- und Europapolitik

Als ich vor etwas mehr als drei Jahren mit den außenpolitischen Sprechern der im Parlament vertretenen Parteien Gespräche führte, um auszuloten ob und in welchen Feldern allenfalls wissenschaftlich fundierte außen- und sicherheitspolitische Beratung für die ParlamentarierInnen wünschenswert wäre, hat mich die Position des freiheitlichen Vertreters am meisten überrascht. Er meinte nämlich, Österreich sei ein so kleines und unbedeutendes Land, dass es keine Außenpolitik – und das Parlament daher auch keine Beratung in diesen Fragen brauche.

Ist das so und vor allem: ist das zwingend so, weil Österreich ein kleines Land ist? Oder stellt sich die Frage nicht in Wahrheit anders: Österreich kann, etwa auch mit solcher Selbstverortung, dazu beitragen, dass es ein unbedeutendes Land ist, weil es nichts beiträgt zu den Interessen möglicher Partnerländer. Wäre es gut beraten, sich so zu verhalten?

Freilich: Derzeit sind nicht wenige der Meinung, die Politik sollte sich nicht dauernd um die anderen kümmern, wir sollten uns stattdessen einmal auf unsere eigenen Interessen konzentrieren, diese nationalen Interessen verfolgen. Das ist auch durchaus eine mögliche Positionierung, bloß verkennt sie die Voraussetzungen für die Durchsetzung der eigenen Interessen. Österreich liegt nicht auf einer wirtschaftlich autarken Insel, sondern es ist eingebettet in seine Nachbarländer, die meisten Mitglieder der EU, eingebettet in die EU und auch in eine größere Gemeinschaft geteilter Werte.

Um außen- und europapolitisch Erfolge bei der Verfolgung eigener Interessen zu haben, bedarf es, insbesondere bei kleineren Ländern, der Unterstützung dieser eigenen Interessen durch Partner und diese Unterstützung ist nur zu bekommen, wenn sich Österreich auch für deren Interessen interessiert und sie auch immer wieder mal unterstützt, wenn das den eigenen Interessen nicht widerspricht. Und das ist keine Frage der Größe eines Landes.

Solches Verhalten ist der Hebel, der dann auch dazu genutzt werden kann, unter vergleichbaren Bedingungen auch bei den eigenen Interessen durch andere unterstützt zu werden. Und das ist etwas, das kleine Länder dringender brauchen als große. Man kann allerdings, wie dies der freiheitliche außenpolitische Sprecher, wegen der Größe Österreichs auf engagierte Außen- und Europapolitik verzichten. Es ist so möglich, Österreich kleiner zu machen, als es ist. Wenn aber das Ziel verfolgt werden soll, endlich die eigenen Interessen in den Vordergrund zu stellen, dann ist diese Position nur eines: kurzsichtig und schädlich.

Derzeit bestimmt nicht die FPÖ, was Österreich in seiner Außen- und Europapolitik tut oder unterlässt. Da gibt es noch einen Bundespräsidenten, der international sehr gut vernetzt ist und diese seine Kontakte auch im Interesse Österreichs nützt. Auf Regierungsebene sind die meisten außen- und europapolitischen Kompetenzen beim Bundeskanzler und beim Außenminister konzentriert. Bei beiden überwiegt zuletzt aber der Eindruck, sie wären in erster Linie innenpolitisch motiviert. Außenpolitik im Interesse Österreichs, besonders aber Interesse für die Interessen der möglichen Partnerländer, scheint demgegenüber nicht im Vordergrund zu stehen.

Die Chancen der Außenpolitik für innenpolitische Erfolge werden aber offenbar unterschätzt. Eine Regierung, die es im Feld der Außen- und Europapolitik schafft, dass die Menschen im Land stolz sind, auf die eigene Politik – wie das Kreisky sehr weitgehend geschafft hat –, tut nicht nur dem Land Gutes, sondern kann auch mit Zustimmung an der Urne rechnen.

CASPAR EINEM

war 1994 bis 2000 Mitglied der Bundesregierung, später Europasprecher und Außenpolitischer Sprecher der SPÖ und ist heute u. a. Präsident des Österr. Instituts für Internationale Politik (oiip).

Kalter Putsch in Brasilien

Brasilien befindet sich inmitten politischer Machtkämpfe, die das Land erschüttern und zur vorläufigen Amtsenthebung der Präsidentin Dilma Rousseff von der Arbeiterpartei PT führten. Wie sich Brasilien vom Erfolgsmodell zum Krisenfall entwickeln konnte analysieren Bernhard Leubolt und Ricardo Borrman.

Die Nachrichten der Regierungskrise in Brasilien gingen um die Welt. Das bis vor kurzem viel gepriesene BRICS-Land steckt in einer tiefen wirtschaftlichen Rezession. Begleitet von einer Offensive der Medien, bebte das Land während des letzten Jahres wegen der größten Massenproteste seit über zwanzig Jahren. Korruption und Misswirtschaft sind die bestimmenden Themen – besonders in der internationalen medialen Darstellung. Die Folge der Situation erscheint auf den ersten Blick als sehr logisch: Die Präsidentin wird aufgrund dieser Vorwürfe des Amtes enthoben – das Impeachment-Verfahren gegen Dilma Rousseff als eine Art gerechte Strafe für ihre Vergehen und Versäumnisse. Doch was steckt dahinter? Warum akzeptiert das die brasilianische Linke nicht und mobilisiert stattdessen gegen einen »Putsch«?

POLITISCHE INSTITUTIONEN IN BRASILIEN

Perry Anderson bezeichnete die brasilianischen Institutionen in seinem jüngsten Artikel als besonders widersprüchliche Mischung einer starken direkt gewählten Präsidentin nach us-Vorbild und eines Parlaments, das sich eher nach kontinental-europäischem Vorbild zusammensetzt. Die Anzahl der Parteien wird nicht durch Mehrheitswahlrecht eingeschränkt. Vielmehr sorgt ein starkes Personenwahlrecht für eine sehr fragmentierte Parteienlandschaft. 2014 wurden Abgeordnete von insgesamt 28 Parteien ins Abgeordnetenhaus gewählt. Bloß acht dieser Parteien verfügen über mehr als 5% der Mandate. Die einzigen mit mehr als 10% der Mandate sind die zentristisch orientierte PMDB (Partei der demokratischen Bewegung Brasiliens – direkte Nachfolgepartei der legalen Opposition zum Militärregime; 13% d. Mandate) und die sozialistisch bzw. sozial-demokratisch orientierte Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores – PT; 11%). Die neoliberale PSDB

(Sozialdemokratische Partei Brasiliens) konnte sich als zentrale Oppositionspartei etablieren (9,7%), DEM, die Nachfolgepartei des Militärregimes, ist mit 5,5% der Mandate als achtstärkste Partei vertreten.

Die direkt gewählte Präsidentin kann zwar die Exekutive nach eigenem Ermessen zusammenstellen, muss für ihre Gesetzesvorhaben aber parlamentarische Mehrheiten organisieren. Seit der Präsidentschaft Fernando Henriques Cardosos von der PSDB (1995–2002) gilt seine Partei als konservative Gegenspielerin zur linken PT. Die PMDB gilt als vordergründig am Machterhalt interessierte »Staatspartei«, die stets versucht, an Regierungen beteiligt zu sein. Daher wird sie von vielen mit Korruption in Verbindung gebracht. Die PT erschien hingegen lange als Antithese dazu, die als ideologisch und moralisch gefestigt und daher nicht korrupt galt.

MITTE-LINKS REGIERUNGEN VON LULA BIS DILMA

Schon die erste Amtszeit Lulas wurde aber 2005 von einem Skandal überschattet. Aufgrund von Ressentiments gegenüber der relativ mandatsstarken PMDB versuchte die Regierung, die Unterstützung vieler kleiner Parteien zu sichern, denen einzelne Ministerien anvertraut wurden. Es wurde aber publik, dass parlamentarische Zustimmung teilweise mittels Zahlungen von Geldern aus dubiosen Quellen an ParlamentarierInnen gesichert wurde. Als Reaktion auf den sogenannten »Mensalão-Skandal« bildete die PT ab 2005 Koalitionsregierungen mit der PMDB und verschiedenen kleineren Allianzpartnerinnen. Diese Allianzen führten einerseits zu einem zentristischeren Regierungskurs. Andererseits unterstützte die PT daher in vielen Wahlkämpfen ihre Allianzpartner im Wahlkampf und verlor dadurch auch eigene Stärke auf re-

gionaler Ebene und in der Repräsentanz im Parlament. Die Wahlen 2014 führten schließlich dazu, dass nur noch knapp mehr als 10% der Abgeordneten von der PT geschickt werden. Fast ebenso viele Abgeordnete (in unterschiedlichen Parteien) sind direkt mit evangelikalischen Freikirchen verknüpft, noch viel mehr mit dem Agrobusiness. Mehrheiten für progressive Politik zu bilden wurde so extrem schwierig.

Dilma Rousseff trat 2014 gemeinsam mit dem PMDB-Kandidaten Michel Temer (Vize-Präsident) an und entschied die Stichwahl mit dem relativ knappen Vorsprung von drei Prozentpunkten gegen den konservativen Widersacher Aécio Neves von der PSDB. Der Wahlkampf war relativ zugespitzt und viele Konservative hatten von Anfang an Probleme mit dem Wahlausgang. Mit Dilmas Wiederwahl setzte sich zum vierten Mal hintereinander ein KandidatIn der PT durch, jedoch zum ersten Mal nicht mit deutlichem Respektabstand. Während der wirtschaftlich stärkere und reichere Südosten des Landes Aécio bevorzugte, fuhr Dilma vor allem in den ärmeren Regionen deutliche Siege ein. Die Betroffenen honorierten in ihrer Stimmabgabe die Erfolge der Armutsbekämpfung und gezielter Investitionen in die ärmeren Regionen. Die konservative Kritik betraf folglich vor allem den »Stimmenkauf«, der mit Hilfe »populistischer Sozialpolitik« passierte. Ein typischer Lösungsvorschlag für dieses Problem wäre etwa der Entzug des Wahlrechts der Armen und Ungebildeten bzw. von Sozialhilfe-EmpfängerInnen.

Zusätzlich wirkte sich die wirtschaftliche Schwäche Chinas negativ auf brasilianische Exporte aus. Hatte sich der Commodity-Boom der 2000er Jahre noch positiv auf die Rohstoff-dominierten Exporte ausgewirkt, haben nun fallende Rohstoffpreise den gegenteiligen Effekt. Zusätzlich breitete sich die Krise auch auf die in Brasilien relativ starke Binnenwirtschaft aus. Unternehmen hielten sich aufgrund der aufgeheizten sozialen und politischen Stimmung und der negativen ökonomischen Aussichten mit Investitionen zurück und Brasilien schlitterte in eine handfeste Wirtschaftskrise. Im Gegensatz zu den Jahren davor, versuchte es die Regierung Dilma nicht mit keynesianischem Deficit-Spending, sondern mit orthodoxen neoliberalen Rezepten. Finanzminister wurde mit Joaquim Levy ein Banker, der mittels Austeritätspolitik die »Märkte beruhigen« wollte. Dies stand den Ankündigungen von Dilma im Wahlkampf diametral entgegen und frustrierte weite Teile der politischen und zivilgesellschaftlichen Basis der PT. Politisch spitzte sich die Lage weiter zu, da ein großer Korruptionsskandal um die halb-staatliche Erdölfirma

Petrobrás aufgedeckt wurde. Ein seit Jahrzehnten wirksames Kartell wurde aufgedeckt, in dem Bauunternehmen sich bezüglich der größeren Aufträge absprachen. Die weiteren Absprachen mit Angestellten und dem politischen Umfeld von Petrobrás scheinen mit Hilfe unlauterer Zahlungen unterstützt worden zu sein. Die Ermittlungen offenbarten viele Schuldige, z. B. wurde mit dem Bauunternehmer Marcelo Odebrecht einer der mächtigsten Wirtschaftsbosse des Landes zu mehr als 19 Jahren Haft verurteilt. Nachdem die Bauwirtschaft zuvor ein wichtiger Wachstumsmotor war, wirkt sich der Korruptionsskandal besonders negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Verstärkt wird die Krise durch neue Investitionsrestriktionen der Staatsbetriebe, die nun auch nicht mehr antizyklisch agieren und investieren können.

KRISE, KORRUPTION UND KALTER PUTSCH

Auch in den Reihen der Regierungsparteien wurde Korruption aufgedeckt. Skandalisiert wurde die Korruption am meisten für die PT – wohl auch, weil die Partei dadurch den Nimbus einbüßte, die moralisch überlegene politische Kraft zu sein. 2015 wurde bald im Parlament diskutiert, die Präsidentin des Amtes zu entheben. Die ParlamentarierInnen schienen vor dem Hintergrund der politischen und ökonomischen Krise nicht mehr bereit, das Wahlergebnis zu Gunsten der Mitte-Links-Kandidatin zu akzeptieren. Mehrere Misstrauensanträge wurden eingebracht. Der erkonservative und schon seit den 1990ern immer wieder mit Korruption in Verbindung gebrachte Parlamentspräsident Eduardo Cunha (als PMDB-Politiker von Anfang an deklariertes Gegner der Präsidentin) lehnte viele Ansuchen ab – darunter auch Anträge zur Untersuchung der Wahlkampffinanzierung. Nach langem Hin und Her nahm er schließlich einen Antrag an, der sich auf Unregelmäßigkeiten im Budget bezog. Interessanterweise nahm Cunha den Antrag genau zu dem Zeitpunkt an, als Korruptionsermittlungen in Bezug auf seine Person konkrete Ergebnisse hervorgebracht hatten – private Bankkonten in der Schweiz mit mindestens fünf Millionen Dollar.

In Brasilien ist es verfassungsrechtlich möglich, eine Präsidentin zu entlassen, aber nicht wegen mangelnden Erfolges oder des Verlustes der parlamentarischen Mehrheit. Es muss ein schweres Vergehen – d. h. ein Gesetzesbruch – vorliegen, damit es zur Amtsenthebung (Impeachment) kommen kann. Das aktuelle Verfahren wirkt einigermaßen konstruiert. Es bezieht sich auf ein »Gesetz fiskalischer Verantwortung« aus den neoliberal geprägten 1990ern, das den Umgang mit Staatsfinanzen regelt. Kritisiert wird, dass Gelder aus dem

Budget von Staatsbanken geborgt wurden, um laufende Ausgaben (v.a. für staatlich geförderte Kredite und Bildungsausgaben) zu decken. Das wirkt konstruiert, weil eine Amtsenthebung sich auf ein Verbrechen der Präsidentin beziehen muss. Solche Budget-Tricks gab und gibt es auf vielen Ebenen der brasilianischen Politik und bisher gab es keine nennenswerten Sanktionen. Für Präsidentin Dilma wird aber argumentiert, dass es sich um ein »Verbrechen mangelnder fiskalischer Verantwortung« handle. Das ist besonders brisant, da dem brasilianischen Rechnungshof bloß das Budget des Jahres 2014 vorlag und negativ geprüft wurde. Nachdem das Verbrechen der Präsidentin im Hinblick auf das Impeachment-Verfahren aber in der aktuellen Amtszeit (ab 2015) stattfinden muss, sind die Grundlagen der Vorwürfe sehr dürftig. Entgegen vieler anders lautender Pressemeldungen wurde der Präsidentin also keinesfalls Korruption nachgewiesen oder zur Last gelegt. Das steht im krassen Gegensatz zum Koordinator des Impeachments Eduardo Cunha. Er wurde am 5. Mai vom Rechnungshof wegen Korruptionsverdachts seines Amtes als Parlamentspräsident enthoben.

Dennoch ging das Impeachment-Verfahren im parlamentarischen Unterhaus relativ klar gegen die Präsidentin aus. Mehr als zwei Drittel aller Abgeordneten stimmten in einer öffentlichen nicht-geheimen Abstimmung gegen die Präsidentin. Die live übertragene Veranstaltung dauerte mehrere Stunden und alle deklarierten persönlich die Gründe für ihre Stimmabgabe. Selten wurde »fiskalische Verantwortung« genannt. So nannten z. B. 70 von 367 BefürworterInnen des Impeachments »Korruption« als Grund. Allein unter diesen 70 stehen sieben unter dringendem Korruptionsverdacht. Viele beriefen sich auf Gott, Familie, Heimat u.ä. Der rechtsradikale Abgeordnete Bolsonaro gab seine Stimme etwa in Hommage an einen der schlimmsten Folterer des Militärregimes ab und freute sich über die erneute Niederlage Rousseffs nach dem Militärputsch 1964. Voraussichtlich am 12. Mai 2016 wird im Senat (Oberhaus) darüber entschieden, ob das Verfahren weitergeht. Nach aktuellen Vorzeichen spricht jedoch alles dafür, dass der Prozess nicht aufgehalten wird. Das würde dazu führen, dass die Präsidentin für 180 Tage ihr Amt nicht ausüben darf, während weitere Ermittlungen im Hinblick auf ihre Schuld oder Unschuld stattfinden.

Ergebnis und Verlauf der Abstimmung zeigten deutlich auf, dass die Präsidentin politisch stark geschwächt ist. Die Amtsenthebung kommt daher einer Absetzung der Präsidentin gleich, die in der brasilianischen Verfassung jedoch nicht

vorgesehen ist. Daher spricht die brasilianische Linke von einem Putsch gegen die Präsidentin. Diese Form von Putsch ist zwar vom Militärputsch zu unterscheiden, wie während der 1960er und 1970er Jahre in vielen lateinamerikanischen Staaten. Es sind aber deutliche Parallelen zum »kalten Putsch« gegen den Mitte-Links-Präsidenten Paraguays Fernando Lugo im Jahr 2012 zu erkennen. Schon 2009 wurde in Honduras Präsident Zelaya von der politischen Rechten geputscht.

Auffällig ist auch, dass Vize-Präsident Michel Temer sich schon während der ersten Zuspitzung der politischen Krise Mitte 2015 als potenzieller neuer Präsident zu profilieren versuchte. Offiziell hielt er zwar der Präsidentin noch die Stange und stellte sich erst relativ spät offiziell gegen sie. Der Koalitionsbruch im April 2016 erscheint als besonders schwerer Verrat, da Temer schon öffentlichkeitswirksam sein neues Kabinett zusammenstellte – und all das, obwohl seine Partei PMDB stark in die aktuellen Korruptionsskandale verwickelt zu sein scheint.

SOZIALE REFORMEN UND GESELLSCHAFTLICHE POLARISIERUNG

Die politische Landschaft Brasiliens ist im Moment hochgradig polarisiert. Im Hinblick auf die weiterhin sehr ausgeprägten sozialen Ungleichheiten wirkt das auf den ersten Blick nicht verwunderlich. Dennoch ist es ein starker Kontrast zur Entwicklung der letzten 13 Jahre. Seit dem Amtsantritt des ehemaligen Gewerkschaftsführers Lula als Präsident schien es laufend bergauf zu gehen. Die von der PT angeführten Koalitionsregierungen setzten auf soziale Reformen, die Armutsreduktion und Wohlstandsgewinne für alle versprochen und teilweise auch bewirkten.

Die hohen internationalen Rohstoffpreise wirkten sich positiv auf die Exporte aus, während kontinuierliche Reallohnzuwächse viel Dynamik in den Binnenmarkt brachten. So wurde etwa der gesetzliche Mindestlohn nahezu verdoppelt. Das führte nicht etwa zu einem »Crowding Out« der Arbeitskräfte, sondern ging einher mit sinkender Arbeitslosigkeit, verbessertem Zugang zum Arbeitsmarkt und höheren Reallöhnen für alle. Die Einführung der Sozialbeihilfe »Bolsa Família« stärkte die Kaufkraft der Armen. Der Verbund an Maßnahmen führte in der positiven wirtschaftlichen Konjunktur Anfang der 2000er Jahre zur Senkung von Armut und Ungleichheit: Seit dem Amtsantritt Lulas 2003 wurde die extreme Armut von 15 Prozent auf vier Prozent im Jahr 2014 reduziert. Die Armutsrate sank im gleichen Zeitraum von 36 Prozent auf 13 Prozent. Die Einkommensungleichheit blieb

zwar im internationalen Vergleich hoch, konnte aber auch deutlich gesenkt werden – Brasiliens Gini-Koeffizient sank zwischen 2003 und 2014 von 0,583 auf 0,518. Dennoch verzeichneten wichtige Industriezweige wie Automobilbranche, Bauunternehmen und Finanzsektor hohe Profite.

»Brasilien für alle« – die Losung der Regierung Lula – schien äußerst erfolgreich. Die Wohlstandsgewinne gingen vordergründig an die Armen, während den anderen nichts genommen wurde. Allerdings blieben dringend nötige strukturelle Reformen zur Lösung der sozialen Problematik auf der Strecke: Es gab weder eine progressive Steuerreform noch wurden Unternehmen verstärkt zur Kasse gebeten. Daher wurde – trotz eines leichten Anstiegs entsprechender Ausgaben – nicht ausreichend in soziale und kommunale Dienstleistungen und Infrastruktur investiert. Während z.B. in öffentliche Universitäten investiert wurde, blieben öffentliche Grundbildung und Gesundheitsversorgung prekär.

Daher ging sozialer Aufstieg teilweise mit dem Umstieg auf private Dienstleistungen einher. Das öffentliche Verkehrsnetz der brasilianischen Städte blieb prekär, während die Verkaufszahlen für Privat-PKWs deutlich stiegen. Auch das ambitionierte staatliche soziale Wohnbauprogramm »Minha Casa Minha Vida« förderte Investitionen privater Immobilieninvestoren statt öffentlichem Wohnbau. Trotz der positiven Effekte der Förderung privaten Wohnbaus für sozial Schwächere trug das Programm zur weiteren Erhöhung der Immobilienpreise bei. Während privates Immobilienkapital stark profitierte, konnte der sozialen Krise im Hinblick auf Wohnraum trotz relativ hoher staatlicher Investitionen nur ansatzweise beigegeben werden. Damit reiht sich dieses Programm nahtlos in andere Reformen ein, die vordergründig privaten Konsum förderten, z.B. die Steuerreduktion für Privat-PKWs zur Bekämpfung der Krise oder auch staatlich geförderte Kleinkredite.

Eine wichtige – anfangs wenig beachtete – Kehrseite des Konsumbooms war der Anstieg privater Verschuldung. Der Anteil privater Kredite am BIP stieg zwischen 2001 und 2014 von 22% auf 58%. Das führte zu stark steigender finanzieller Belastung der Familien für die Rückzahlungen der Kredite, deren Anteil am Haushaltseinkommen von 22% auf 48% stieg. Als widersprüchlich entpuppte sich auch die keynesianische Strategie, Wirtschaftswachstum mit Hilfe der Steigerung des Massenkonsums zu generieren: So nahm der Konsum von importierten Gütern zwischen 2003 und 2009 etwa vier Mal

stärker zu als der Konsum brasilianischer Produkte. Die Multiplikator-Effekte verpufften somit teilweise, da zu viel Geld ins Ausland abfloss.

Diese Probleme sind zwar ernst, erklären aber nicht, warum die Popularität von Präsidentin Dilma Rousseff zwischen März 2013 und Juni 2013 schlagartig von 65% auf 30% sank und schließlich – nach ihrer Wiederwahl als Präsidentin Ende 2014 – im August 2015 bei 8% ihren historischen Tiefstand erreichte. Trotz leichter Erholung zeigten die letzten Umfragen im April 2016, dass weiterhin bloß 13% der BrasilianerInnen die Regierung Rousseff als sehr gut oder gut bewerten würden, während ihr 63% schlechte bis miserable Regierungsarbeit vorwerfen. Das steht in besonders hartem Kontrast zur Regierung Lula, die ihre Beliebtheit zwischen dem Beginn der Amtszeit 2003 und ihrem Ende 2010 von 38% auf 83% ausbauen konnte – im Oktober 2010 waren bloß 3% der Bevölkerung unzufrieden.

Damit stand der charismatische ehemalige Gewerkschafts- und Streikführer im krassen Gegensatz zu seiner Nachfolgerin, die eher als kompetente Managerin bzw. Bürokratin in Erscheinung trat. Doch selbst Lulas Beliebtheit sank mittlerweile deutlich: Während ihn Ende 2010 noch 71% der Bevölkerung als besten Präsidenten aller Zeiten bezeichneten, sank dieser Wert bis 2016 auf 40%. Trotzdem ist er in dieser Hinsicht weiterhin unangefochten – der zweitbeliebteste Präsident Fernando Henrique Cardoso wurde zuletzt bloß von 13% als historisch bester Präsident genannt. Gleichzeitig wurde Lula aber in den letzten Monaten immer mehr zum Fokus der Kampagne von Medien und Opposition – jüngste Umfragen attestieren ihm sowohl die höchste Zustimmung als auch die höchste Ablehnung aller potenziellen PräsidentschaftskandidatInnen. Auffällig ist, dass die Zustimmung vor allem von den Armen und bildungsfernen Schichten kommt, während ihn Einkommensstarke und höher Gebildete ablehnen. Letztere tendieren nun immer stärker nach rechts.

KRISE, PROTESTE UND PERSPEKTIVEN


Auf der einen Seite marschieren also die Mittelschichten und demonstrieren gegen Korruption und gegen das Programm der Mitte-Links Regierung. Der Abbau der Ungleichheiten wirkte sich aufgrund gestiegener Lebenshaltungskosten wegen der höheren Löhne für die »Working Poor« teilweise negativ auf sie aus. Größere soziale Durchlässigkeit und Durchmischung raubten ihren Lebensräumen die Exklusivität (s. ZUKUNFT 7-8/2015). Die Bewegungen der neuen Rechten

greifen das verschiedenartig auf: Besonders radikale Gruppen demonstrieren gegen den »Kommunismus der Regierung« und fallen durch Forderungen nach einem Militärputsch auf. Das Gros der rechten DemonstrantInnen scharft sich jedoch hinter Bewegungen, die aus Unternehmenskreisen finanziert werden. Sie verwenden übergroße Plastik-Enten und unterstützen damit eine Kampagne der Industriellenvereinigung gegen das »Schröpfen« der BürgerInnen seitens des übermächtigen Staates.

Letztere Forderungen finden sich auch im Programm des Vize-Präsidenten Michel Temer. Liberalisierungen, Privatisierungen und Kürzungen in der Sozialpolitik entsprechen ganz dem neoliberalen Mantra der 1990er Jahre. Gestützt werden die Forderungen von oligopolistischen Medien, die seit Beginn der Krise sehr einseitig gegen VertreterInnen der Arbeiterpartei berichten. Zuerst vorerst gegen Dilma gerichtet, orientierte sich die Kampagne sehr bald an Lula, da der charismatische Politiker sich schon für die kommende Wahl als potenzieller PT-Kandidat in Stellung brachte und als weitaus aussichtsreicher gilt. Diese Einseitigkeit beeinflusst auch die europäische Berichterstattung massiv. Daher blieben die progressiven Proteste gegen den kalten Putsch auch bisher weitgehend unter der Wahrnehmungsgrenze.

Brasilianische soziale Bewegungen, Gewerkschaften, progressive Intellektuelle und KünstlerInnen mobilisieren hingegen seit Wochen massiv gegen den Putsch. Wenn auch vielfach unzufrieden mit wichtigen Aspekten der Mitte-Links Regierung, kämpfen sie für die junge brasilianische Demokratie. Der in der Verfassung nicht vorgesehene »3. Wahlgang« der Präsidentschaftswahl und die Bestellung von Temer als Präsidenten würden sich wohl auch negativ auf wichtige soziale Errungenschaften der letzten 30 Jahre auswirken: Die in der 1988 verabschiedeten und partizipativ erstellten Verfassung festgehaltene Finanzierung staatlicher Sozialleistungen soll im Zuge der Austeritätspolitik »flexibilisiert« werden. Selbst die Sozialbeihilfe »Bolsa Família« soll gekürzt werden.

Die zu erwartenden sozialen Verschlechterungen sind aber nur ein Aspekt. Brasilien ist mit Abstand das größte und wirtschaftliche stärkste Land Lateinamerikas. Sollte der Staatsstreich gegen die Präsidentin erfolgreich verlaufen, wäre es auch eine Art neuer Präzedenzfall am Subkontinent. Besonders im Hinblick auf die lange unrühmliche Geschichte der Militärdiktaturen ist das bedenklich. Auch mit Blick auf die Entwicklungen in anderen Ländern der Region ist die Rech-

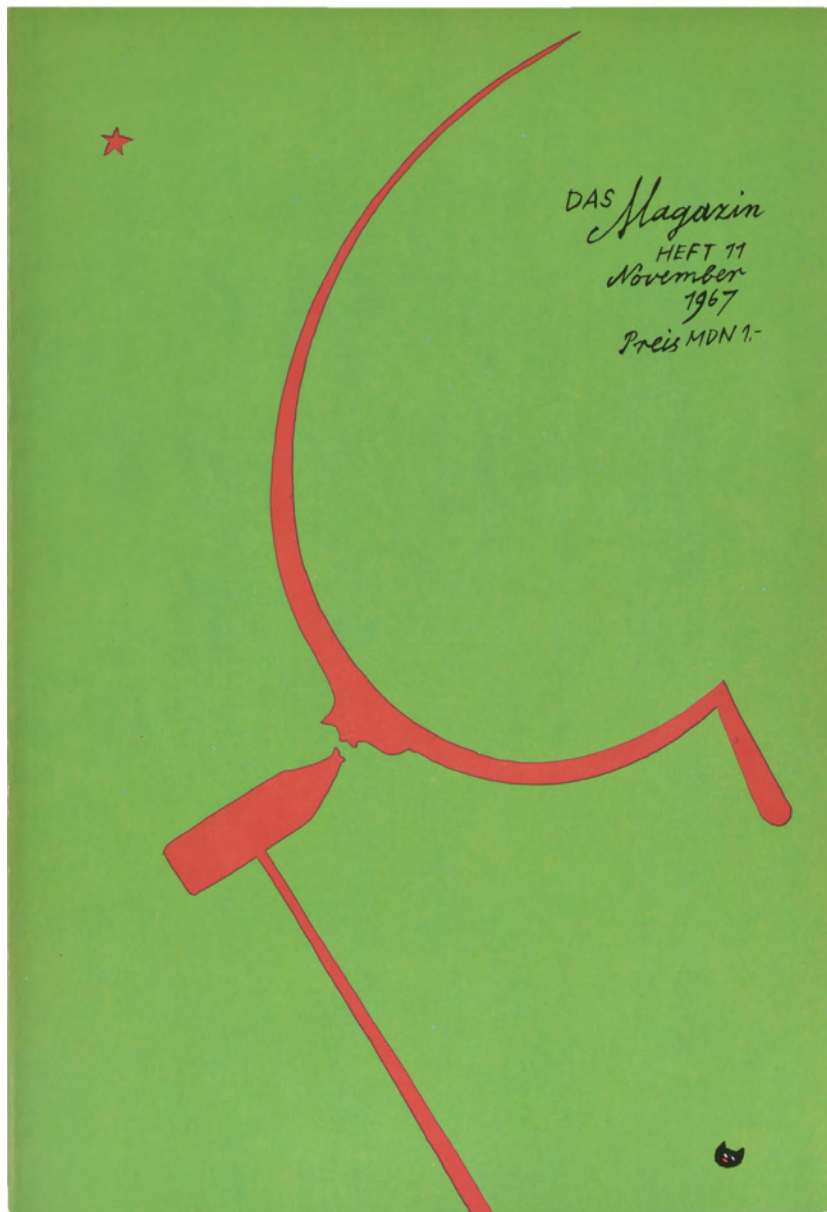
te gerade im Vormarsch. Deren politisches Programm erinnert eher an die »neoliberale Dekade« der 1990er Jahre und kann trotz der Krise nicht die Beliebtheit des »Wohlstand für alle«-Programms der Mitte-Links Regierung erreichen. Vielmehr wird nun der »linke Populismus« kritisiert, um die fortlaufende Unterstützung der Armen und der progressiven Bewegungen zu diskreditieren. Trotz der Frustration mobilisiert die brasilianische Linke zur Verteidigung der Demokratie. Der Ausgang der Auseinandersetzung ist noch nicht entschieden. Daher sind sowohl im Land als auch international Unterstützung und Solidarität gefragt. 

BERNHARD LEUBOLT

arbeitet an der Wirtschaftsuniversität Wien und war kürzlich Gastforscher in Brasilien an der Universidade Estadual de Campinas.

RICARDO BORRMANN

ist Politologe und Historiker und arbeitet derzeit zur brasilianischen Rechtsgeschichte an der LMU-München.



Zeitschrift »Das Magazin«, Ausgabe 11/1967, Verlag »Das Neue Berlin« Titelgestaltung:
Werner Klemke, © Sammlung Werkbundarchiv – Museum der Dinge / Foto: Armin Herrmann



Zeitschrift »Das Magazin«, Ausgabe 2/1975, Verlag »Das Neue Berlin« Titelgestaltung: Peter Petrov, Sofia, © Sammlung Werkbundarchiv – Museum der Dinge / Foto: Armin Herrmann



Zeitschrift »Neue Werbung«, Ausgabe 9/1961, Verlag Die Wirtschaft Berlin, Titelgestaltung:
Günther Nitzsche, © Sammlung Werkbundarchiv – Museum der Dinge / Foto: Armin Herrmann

Bleiben – und reformieren!

Am 23. Juni 2016 wird Großbritannien über den Verbleib in der Europäischen Union abstimmen. Der nachfolgende Text dokumentiert eine Rede des Parteivorsitzenden Jeremy Corbyn, in der er die Gründe für den Verbleib in der EU darlegt sowie eine Stoßrichtung zu ihrer Reformierung skizziert.

Das Volk unseres Landes steht am 23. Juni 2016 vor der historischen Entscheidung, ob es weiter zur Europäischen Union gehören oder sie verlassen will. Ich begrüße es, dass diese Entscheidung nun in den Händen des britischen Volkes liegt. Ich habe in der letzten Legislaturperiode sogar für ein Referendum gestimmt.

Bei der Initiative zu diesem Referendum ging es womöglich in erster Linie darum, Streitigkeiten innerhalb der Konservativen Partei beizulegen. Doch die Abstimmung ist eine wichtige demokratische Chance für alle, mit über die Zukunft unseres Landes und die Zukunft des gesamten Kontinents zu bestimmen.

Die Labour Party ist mit großer Mehrheit für den Verbleib in der EU, weil wir der Ansicht sind, dass die Europäische Union uns viel gebracht hat – Investitionen, Arbeitsplätze und Arbeits-, Verbraucher- und Umweltschutz – und dass wir die Aufgaben des 21. Jahrhunderts am besten mit der EU bewältigen können. Labour ist davon überzeugt, dass eine Entscheidung für den Verbleib in der EU für die Menschen in diesem Land das Beste ist.

Im anstehenden Jahrhundert müssen wir gewaltige Aufgaben lösen, als Land, als Kontinent und als Weltgemeinschaft: Wie bekämpfen wir den Klimawandel? Was tun wir gegen die maßlose Macht der internationalen Konzerne, und wie sorgen wir dafür, dass sie gerechte Steuern zahlen? Wie bekämpfen wir Cyberkriminalität und Terrorismus? Wie gewährleisten wir in einer Ära der Globalisierung einen fairen Handel und den Schutz von Arbeitsplätzen und einer angemessenen Entlohnung? Was unternehmen wir gegen die Ursachen der gewaltigen Flüchtlingsbewegungen rund um den Erdball, und

wie richten wir uns auf eine Welt ein, in der die Menschen häufiger umsiedeln, weil sie woanders leben, arbeiten oder ihren Ruhestand verbringen wollen?

Das sind ernste und drängende Themen, die selbstredend einer internationalen Kooperation bedürfen. Ein wichtiger Faktor wird da sicher das gemeinsame Handeln auf EU-Ebene sein. Es stärkt Großbritannien, wenn wir mit unseren Nachbarn kooperieren. Um es mit den Worten des neuen sozialistischen Premierministers António Costa zu sagen: »Angesichts all dieser Krisen dürfen wir Europa nicht spalten – wir müssen es stärken.«

EUROPA MUSS SICH VERÄNDERN

Als im Jahr 1975 das letzte Europa-Referendum abgehalten wurde, war Europa vom Kalten Krieg gespalten, und das Gebilde, aus dem sich später die EU entwickelte, war noch eine kleine, rein marktorientierte Organisation. Im Lauf der Jahre habe ich viele EU-Entscheidungen kritisiert, und nach wie vor sehe ich manches kritisch, von der ungenügenden demokratischen Verantwortlichkeit bis hin zu dem institutionellen Druck, öffentliche Dienstleistungen zu deregulieren oder zu privatisieren.

Europa muss sich verändern. Aber diese Veränderungen können nur in Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten in der EU herbeigeführt werden. Man kann durchaus Kritik üben und gleichzeitig davon überzeugt sein, dass wir EU-Mitglied bleiben müssen.

In den letzten paar Jahren hatte ich manches daran auszusetzen, welche Richtung die Labour Party einschlug, aber ich war mir immer sicher, dass es richtig ist, in der EU zu bleiben,

und man könnte sagen, dass ich meinen Teil dazu beigetragen habe, diese Richtung wieder zu ändern. Anders als vor 40 Jahren vereint die EU von heute die meisten Länder Europas, und sie hat wichtige Schutzmechanismen für die Beschäftigten, die Umwelt und die Verbraucher entwickelt.

Ich habe mir die Haltung von Gewerkschaften, Umweltgruppen, Menschenrechtsorganisationen und natürlich die Meinung der Mitglieder, Unterstützer und Abgeordneten der Labour Party genau angehört. Die allermeisten von ihnen sind davon überzeugt, dass wir am meisten erreichen können, wenn wir in der Europäischen Union bleiben.

Großbritannien muss in der Europäischen Union bleiben, weil die EU im Europa des 21. Jahrhunderts für Handel, Industrie und Kooperation den besten Rahmen bietet. Investitionen von zig Milliarden Pfund und Millionen von Arbeitsplätzen hängen an unserem Verhältnis zur EU, die der größte Markt der Welt ist. Die EU-Mitgliedschaft sichert der arbeitenden Bevölkerung wichtige Arbeitnehmerrechte, etwa vier Wochen bezahlten Urlaub, Elterngeld, Schutz für Leiharbeiter und Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. Dank der EU-Mitgliedschaft Großbritanniens wurden hierzulande die Umweltstandards angehoben, von der Qualität der Strände bis hin zur Luftreinheit und Verbraucher vor überhöhten Gebühren geschützt.

BLEIBEN – UND REFORMIEREN

Doch wir müssen uns auch für eine Reform Europas stark machen – die Reform, an der David Camerons Regierung kein Interesse hat, viele andere in Europa aber schon. Die Rede ist von einer demokratischen Reform, die dafür sorgt, dass die EU den Menschen gegenüber verantwortlich ist. Einer Wirtschaftsreform, die die selbstzerstörerische Sparpolitik beendet und stattdessen Arbeitsplätze und nachhaltiges Wachstum ins Zentrum der europäischen Politik rückt. Eine Arbeitsmarktreform, die in einem wirklich sozialen Europa die Arbeitnehmerrechte stärkt und erweitert. Und neue Rechte für Regierungen und gewählte Organe, die die Überführung von Unternehmen in die öffentliche Hand erleichtern und den Privatisierungsdruck auf öffentliche Dienstleistungen beenden.

»Bleiben – und Reformieren«: Heute ist der weltweite Aktionstag für die Rechte der Beschäftigten in Fastfood-Restaurants. In den USA verlangen die Mitarbeiter 15 Dollar pro Stunde, in Großbritannien derzeit zehn Pfund. Labour ist eine

internationalistische Partei, und die Sozialisten wissen seit den frühesten Tagen der Arbeiterbewegung, dass Beschäftigte über nationale Grenzen hinweg gemeinsam agieren müssen.

Die Zusammenarbeit in Europa hat hier in Großbritannien den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern deutliche Vorteile gebracht, und Labour ist entschlossen, weitere Reformen voranzutreiben, damit wir bis 2020 das demokratische Europa der sozialen Gerechtigkeit und der Arbeitnehmerrechte haben, das sich die Menschen auf dem gesamten Kontinent wünschen.

Doch um eine echte Reform herbeizuführen, gilt es, in der gesamten EU progressive Allianzen zu schmieden – etwas, was die Konservativen nie tun würden. Nehmen wir die Krise der Stahlindustrie. Sie ist eine globale Erscheinung und stellt viele europäische Regierungen vor große Probleme. Warum hat allein die britische Regierung nichts unternommen, um die Stahlproduktion im Inland zu retten? Die Europäische Kommission hat neue Zölle auf chinesischen Stahl vorgeschlagen, doch ausgerechnet die britische Regierung hat das abgestimmte Vorgehen gegen das Preisdumping durch chinesischen Stahl blockiert. Die Vorschläge liegen noch auf dem Tisch. Ich fordere daher heute David Cameron und George Osborne auf, sich für die britische Stahlindustrie stark zu machen und in Zusammenarbeit mit unseren willigen europäischen Partnern ihre Zukunft zu sichern.

Natürlich gibt es Probleme mit den reformbedürftigen EU-Vorschriften für staatliche Beihilfen. Aber wenn, wie von den Brexit-Befürwortern behauptet, die EU das Hauptproblem ist, woran liegt es dann, dass Deutschland, Italien, Frankreich und Spanien beim Schutz ihrer Stahlindustrie deutlich erfolgreicher sind? Es liegt daran, dass diese Staaten bei der Unterstützung ihrer Stahlindustrie die EU-Vorschriften für staatliche Beihilfen eingehalten haben, indem sie Beteiligungen erworben, in Forschung und Entwicklung investiert, Kreditbürgschaften übernommen oder Energiekosten erstattet haben.

Nicht die EU ist das Problem, sondern eine konservative Regierung hier in Großbritannien, die die strategische Bedeutung der Stahlindustrie für unsere Wirtschaft, aber auch für die Arbeitsplätze und das Know-how in den betroffenen Gemeinden, nicht erkennt. Die konservative Regierung hat die Maßnahmen gegen die Billig-Stahlimporte aus China blockiert. Sie hat Investitionen in die Infrastruktur, die Nachfrage für mehr Stahl geschaffen hätten, gekürzt und hatte auch kei-

ne Beschaffungsstrategie, mit der sie die britische Stahlindustrie hätte schützen können. Eine Labour-Regierung hätte mit den Partnern in Europa zusammengearbeitet, um sich für die Stahlproduktion in Großbritannien stark zu machen. Die Europäische Union – 28 Länder und 520 Millionen Menschen – hätte uns stärken können, wenn wir unsere Stahlindustrie gemeinsam verteidigt hätten. Das Vorgehen der konservativen Regierung hat uns dagegen geschwächt.

DAS POTENZIAL EUROPAS ERSCHLIESSEN

Die Arbeitsplätze, die unter dieser Regierung entstanden sind, sind oft geringqualifizierte und unsichere Jobs im Niedriglohnbereich. Wenn wir das Potenzial Europas erschließen würden, könnten wir erheblich mehr für die Sicherung hochqualifizierter Arbeitsplätze in der Stahlindustrie tun. Das gilt auch für andere Arbeitgeber hochqualifizierter Arbeitskräfte – von Airbus bis hin zu Nissan –, die unmissverständlich klargemacht haben, dass für ihre Entscheidung, in Großbritannien zu investieren, die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ein wichtiger Faktor ist.

Eine britische Branche allerdings gibt es, deren Schutz in Europa sich die Konservativen verschrieben haben – die Steuervermeidungsbranche. Die aufschlussreichste Enthüllung über unseren Premierminister betraf nicht seine eigene Steueraffäre, sondern sein Vorgehen 2013, als er persönlich beim Präsidenten der Europäischen Kommission intervenierte, um eine EU-Initiative zur Offenlegung der Begünstigten von Offshore-Trusts zu verhindern. Und auch jetzt, nach Bekanntwerden der Panama-Papiere, will er nicht aktiv werden.

Sechsmal haben konservative Abgeordnete seit Anfang letzten Jahres im Europaparlament Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung mit ihren Gegenstimmen abgeschmettert. Labour hat Verbündete in ganz Europa, die bereit sind, es mit dem globalen Korruptionsnetzwerk aufzunehmen und rigoros gegen alle vorzugehen, die den Volkswirtschaften und den Bürgerinnen und Bürgern das Geld aus der Tasche ziehen wollen.

Am Dienstag gab die EU bekannt, dass sie eine nach Ländern aufgeschlüsselte Rechnungslegung anstrebt. Unserer Ansicht nach können wir noch weiter gehen. Aber selbst diese bescheidene Maßnahme wurde im letzten Dezember von konservativen Europaabgeordneten abgelehnt. Es ist völlig klar, was den Brexit-Befürwortern für Großbritannien vorschwebt: Das Land soll ein sicherer Hafen sein für die illegal erworbenen Einkünfte zwielichtiger Oligarchen, Diktatoren

oder skrupelloser Konzerne. Diese winzige globale Elite ist ihnen wichtiger als wir anderen, die wir als »Leistungsschwache« abgetan werden.

Manchmal wird argumentiert, wir müssten die EU verlassen, weil durch die Regeln des Binnenmarkts Deregulierung und Privatisierung vorangetrieben werden. Diese Regeln sind sicherlich reformbedürftig. Aber es war nicht die EU, die unsere Bahn privatisierte. Es war die konservative Regierung unter John Major, und viele Bahnstrecken werden heute von Unternehmen bedient, die im Staatsbesitz anderer europäischer Länder sind. Sie haben nicht den Fehler begangen, ihr Land seiner Vermögenswerte zu berauben. Labour hat sich das Ziel gesetzt, die Bahn bis ins Jahr 2020 wieder in öffentliches Eigentum zu überführen. Deshalb lehnen die Labour-Europaabgeordneten auch das gesamte Vierte Eisenbahnpaket ab, das dem Europaparlament derzeit vorliegt, weil dadurch dieses Ziel schwerer zu erreichen wäre.

TTIP GIBT ANLASS ZUR BESORGNIS

Auch die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) gibt Anlass zur Besorgnis. Aber wir haben ein ähnliches Ansinnen in Europa schon einmal abgelehnt, das im Jahr 1998 unter der Bezeichnung »Multilaterales Abkommen über Investitionen« eingebracht wurde. Die Labour-Europaabgeordneten wehren sich völlig zu Recht gegen Schiedsverfahren für die Investor-Staat-Streitbeilegung, denn sie sind gegen jeden Versuch, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen voranzutreiben, Verbraucher- und Arbeitnehmerrechte einzuschränken und Umweltstandards abzusenken.

Auf Seiten der Brexit-Befürworter bringen Verfechter des freien Marktes all diese Schutzmaßnahmen in Gefahr. Labour dagegen schmiedet Allianzen, um sie zu bewahren.

Auch Menschenrechte sollten in Handelsabkommen keine optionalen Anhängsel sein, sondern müssen ins Zentrum gerückt werden. Um das zu erreichen, haben wir bereits Verbündete in ganz Europa gefunden. Auch trägt die EU entscheidend zur Wahrung der Menschenrechte im Inland bei. Richtlinien und Vorschriften der EU schützen Behinderte vor Diskriminierung; Aufzüge, Autos und Busse müssen behindertengerecht sein, ebenso wie Reisen mit dem Schiff und dem Flugzeug.

Es war eine Labour-Regierung, die 1998 den Human Rights Act erließ, der Macht von der Regierung nicht auf

Brüssel übertrug, sondern auf die einzelnen Bürgerinnen und Bürger.

KLIMAWANDEL BEKÄMPFEN

Der Klimawandel ist eine der größten Bedrohungen der Menschheit in diesem Jahrhundert. Großbritannien kann diese Aufgabe nicht allein bewältigen. Auch wenn wir die bestmöglichen Maßnahmen ergreifen, nützt das alles ohne eine internationale Kooperation nichts. Labour erließ den Climate Change Act, und John Prescott wirkte entscheidend am Zustandekommen des Kyoto-Protokolls mit. Labour hat diese Debatte innerhalb Europas geführt. Doch obwohl David Cameron versichert, die grünste Regierung aller Zeiten zu führen, hinkt Großbritannien bei der Erzeugung erneuerbarer Energien weiten Teilen Europas hinterher. Wir müssen noch viel lernen, besonders von Deutschland. Die konservative Regierung hat die Förderung der Solarenergie gedrosselt und gleichzeitig die Subventionen für Dieselkraftstoff erhöht. Sie hat die regulatorischen Hürden für das Fracking gesenkt und die Vorschriften für Windkraftanlagen an Land verschärft. Die Regierung sagt das eine, tut jedoch etwas anderes.

Noch einmal: Es waren in der EU vereinbarte Vorschriften, die britische Strände und Wasserwege sauberer gemacht haben und die uns dazu zwingen, endlich gegen die skandalöse Luftverschmutzung anzugehen, die bis 2025 in Großbritannien insgesamt 500.000 Menschen das Leben kosten wird, wenn wir nichts unternehmen. Im Kampf gegen den Klimawandel und für den Schutz unserer gemeinsamen Umwelt ist die Zusammenarbeit in der Europäischen Union unerlässlich.

Die Debatte über die EU-Mitgliedschaft wird in den nächsten Monaten zweifellos stark um Arbeitsplätze und Migration kreisen. Wir leben in einer globalisierten Welt. Viele von uns gehen irgendwann in ihrem Leben ins Ausland, um zu studieren, zu arbeiten oder sogar, um dort den Ruhestand zu verbringen. Die Freizügigkeit hat den Briten große Chancen eröffnet. Fast eine dreiviertel Million Briten lebt in Spanien, in der EU insgesamt sind es mehr als zwei Millionen.

Britinnen und Briten, die im Ausland lernen und arbeiten, erhöhen ihre Chancen und Kompetenzen. Im Inland bringt die Migration Vorzüge wie auch Herausforderungen mit sich. Doch diese Vorzüge werden im gesamten Land erst spürbar werden, wenn wir eine Regierung haben, die sich um ausreichend Qualifizierung kümmert, um die Ausbeutung von Migrantinnen und Migranten durch Lohndumping zu

verhindern, und die in Wohngebieten mit einem schnellen Bevölkerungswachstum in Infrastruktur und Wohnungsbau investiert. Diese Regierung hat nichts dergleichen getan. Da sie es versäumt hat, genügend Arbeitskräfte zu qualifizieren, sind wir nun abhängig von Migration, um unsere Wirtschaft am Laufen zu halten.

Das gilt vor allem für den National Health Service, der für die Besetzung freier Stellen auf Krankenschwestern und Ärzte aus dem Ausland angewiesen ist. Diese Regierung hat nicht in die Ausbildung investiert, und die Abschaffung von Stipendien für Krankenschwestern und die Auseinandersetzungen mit jungen Ärzten im Praktikum werden den Engpass vermutlich noch verschlimmern.

Als ehemaliger Vertreter für die Beschäftigten des National Health Service weiß ich unser Gesundheitssystem zu schätzen und bewundere das Engagement aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Auf den NHS kann Labour wirklich stolz sein. Doch die Krise, in der sich das Gesundheitssystem derzeit befindet, wäre noch größer, wenn es nach vielen Brexit-Befürwortern ginge, die sich prinzipiell gegen den National Health Service und die kostenlose medizinische Versorgung aussprechen.

ARBEITNEHMERRECHTE STÄRKEN

Und natürlich sind es EU-Vorschriften, die den Urlaubsanspruch, den Mutterschutz, Pausenregelungen, die Höchstarbeitszeit und viele andere Arbeitnehmerrechte sichern und dazu beitragen, den Schutz von Leiharbeitern zu verbessern. Die Tories und die UKIP erklären, dass sie die von der EU garantierten Arbeitnehmerrechte gern einschränken möchten. Eine Labour-Regierung würde diese Rechte stärken und in Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten in Europa die Arbeitsplatzstandards europaweit anheben, damit skrupellose Arbeitgeber Löhne und Arbeitsbedingungen nicht weiter herunterschrauben können und der Schutz aller Beschäftigten in Europa gestärkt wird.

Stellen wir uns nur vor, was die Tories hier in Großbritannien mit den Arbeitnehmerrechten anstellen würden, wenn wir im Juni für den Austritt aus der EU stimmten. Die Rechte zur gleichen Bezahlung, zu den Arbeitszeiten, zum Jahresurlaub, zur Leiharbeit und zum Mutterschutz würden sie möglichst schnell abschaffen. Sie würden diese Rechte, die Labour-Regierungen innerhalb der EU gesichert haben, auf einem großen Scheiterhaufen verbrennen.

Und nicht nur das: Keine Labour-Regierung würde dann mehr mit der EU bessere Vereinbarungen für die Beschäftigten aushandeln. Dafür würde eine Tory-Regierung, wahrscheinlich angeführt von Boris Johnson und unterstützt von Nigel Farage, das Schlimmste aushandeln, was man sich vorstellen kann: einen unregulierten freien Markt ohne alle Rechte und Schutzvorrichtungen.


Es ist manchmal leichter, der EU, oder, schlimmer noch, Ausländern die Schuld zuzuschieben, als sich den eigenen Problemen zu stellen. Das gilt auch für die konservative Regierung, die das britische Volk derzeit im Stich lässt.

Es hat mit Patriotismus aber auch gar nichts zu tun, wenn unser Land und seine nationalen Vermögenswerte an den Höchstbietenden verscherbelt werden. Oder wenn Hedgefonds in der Londoner City und steuerflüchtige Konzerne mit Sitz in einer Steueroase die Kontrolle über unsere Wirtschaft erhalten.

Es gibt starke sozialistische Gründe für ein Verbleiben in der Europäischen Union. Und es gibt starke sozialistische Gründe für eine Reform und progressive Veränderungen in Europa. Deshalb brauchen wir eine Labour-Regierung, die sich – auf europäischer Ebene – für Branchen und Gemeinwesen in Großbritannien einsetzt, die sich für Verstaatlichung und die öffentliche Daseinsfürsorge stark macht, die Arbeitnehmerrechte schützt und ausbaut und sich mit ihren Verbündeten dafür einsetzt, dass Großbritannien und Europa mehr für arbeitende Menschen tun.

Viele überlegen noch, wie sie in diesem Referendum abstimmen sollen. Ich appelliere an Sie alle, besonders an die jungen Leute – die am längsten mit den Folgen leben müssen –, sich um eine Registrierung für die Wahl zu kümmern. Und bitte stimmen Sie im Juni für einen Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union. Hier geht es um Ihre Zukunft.

Über eine Zusammenarbeit in Europa können wir unsere Volkswirtschaften weiterentwickeln, soziale Rechte und Menschenrechte bewahren, den Klimawandel bekämpfen und gegen Steuerflucht vorgehen. Man kann eine bessere Welt nur dann errichten, wenn man sich auf die Welt einlässt, Bündnisse schmiedet und Veränderungen herbeiführt. Trotz aller Fehler und Mängel hat sich die EU dafür als ein wichtiger internationaler Rahmen bewährt.

Deshalb setze ich mich dafür ein, dass Großbritannien in der EU bleibt, und ich hoffe, Sie werden das auch tun. 

JEREMY CORBYN

ist Vorsitzender der Labour Party in Großbritannien.

Der vorliegende Text wurde am 14. April 2016 im Rahmen der Kampagne der Labour Party für den Verbleib Großbritanniens in der EU als Rede gehalten. Die Rede wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung dokumentiert und übersetzt und mit ihrer freundlichen Genehmigung hier abgedruckt.

**MASSE
UND
KLASSE**
Museum der Dinge | Berlin



Zeitschrift »Das Magazin«, Ausgabe 3/1977, Verlag Die Wirtschaft Berlin Titelgestaltung:
Gernot Brandt, © Sammlung Werkbundarchiv – Museum der Dinge / Foto: Armin Herrmann

Ohne England ist Europa besser dran

Stefan Brocza argumentiert, dass Großbritannien getrost seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union beenden könne. Es würde, so Brocza, sowieso nicht zu Europa passen und der Union bisher verwehrte Entwicklungsmöglichkeiten erlauben.

Am 23. Juni ist es endlich so weit. Der britische Premier Cameron macht seine Drohung wahr und lässt nun tatsächlich über einen Verbleib seines Landes in der EU abstimmen. Wobei eines völlig klar ist: Großbritannien liegt nichts, aber schon gar nichts an einem politisch geeinten Europa. Camerons Vorstellungen einer künftigen Europäischen Union sind rückwärtsgerichtet. Seine politische Vorstellungskraft endet offenbar in den frühen 1960er-Jahren – bei einem EFTA-ähnlichen Freihandelsgebilde, meilenweit entfernt vom allgemein akzeptierten Binnenmarktkonzept. Von einer erstrebenswerten Sozialunion ganz zu schweigen. Solidarität war und ist ein Fremdwort in London. Allein was zählt ist der kurzfristige Profit. Die aktuelle britische Regierung sieht – entgegen allen objektiven wirtschaftlichen Kennzahlen – ihre Zukunft augenscheinlich außerhalb einer starken Europäischen Union.

ROBERT MUGABE STATT ANGELA MERKEL

Als Alternative wird da ernsthaft eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem vielbeschworenen Commonwealth ins Spiel gebracht. Das politische Zukunftskonzept Londons orientiert sich an der Maxime: lieber Robert Mugabe als Angela Merkel. Wobei gerade dieser vermeintlichen Alternative eine zentrale Rolle zukommt. Der Prozess einer fortschreitenden europäischen Integration ist für Großbritannien offenbar nicht »alternativlos«. Es glaubt tatsächlich an eine weitere tatsächliche politische Option und denkt, diese gegenüber ihren bisherigen Partnern auch ausüben zu können.

FEHLENDER REALITÄTSSINN

Eines steht jedoch bereits jetzt fest: Die Position des Vereinigten Königreichs zeugt von wenig Realitätssinn. Offenbar geht man von der irrigen Annahme aus, dass Europa an einer britischen Mitgliedschaft mehr liegt als umgekehrt. Diese

Einschätzung mag in der Anfangszeit und vor allem im Kalten Krieg gegolten haben. Zwischenzeitlich hat sich die politische Weltlage jedoch geändert. Bloß auf den britischen Inseln setzt man noch auf ein angebliches »special relationship« mit den Vereinigten Staaten und glaubt daraus noch immer eine Sonderrolle ableiten zu können. Selbst die jüngsten mahnenden Worte des US-Präsidenten Obama werden da schon mal mit mürrischer Handbewegung abgetan: Was kümmert das Empire das Geschwätz eines »Halb-Keniaten«?

SONDERSTATUTS BEENDEN

Es ist höchste Zeit, den Sonderstatus des Inselstaates vor der Küste Europas endlich zu beenden. Seit dem Beitritt 1973 hat es kaum noch einen europäischen Integrationsschritt gegeben, bei dem Großbritannien voll und ganz teilgenommen hat. Schon die Verwirklichung der Personenfreizügigkeit musste mit einer Hilfskonstruktion ab den 1980er-Jahren ins Schengen-Vertragswerk ausgelagert werden, da sich das Überbleibsel des ehemaligen britischen Empires einfach weigerte, dieses Grundprinzip europäischer Einigung zu akzeptieren. Egal welches politische Projekt man in Brüssel in Angriff nahm, das Vereinigte Königreich sträubte sich und verlangte nach einer Ausnahmeregel. Die Krux aller Europapolitiker der vergangenen Jahrzehnte war es, diesem Begehren immer und überall nachzugeben. Ob Fiskalpakt, Bankenunion, Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres: Immer gab es Ausnahmen. Wahrscheinlich wurde das europäische Harmoniestreben in London regelmäßig und zu lange als Zeichen der politischen Schwäche ausgelegt.

WAS WÄRE DENN SO FURCHTBAR AN EINEM EU-AUSTRITT GROSSBRITANNIENS?

Die vielgeschmähte Brüsseler Beamtenschaft würde sich schlagartig um rund zehn Prozent verringern (denn ein Aus-

tritt würde automatisch auch das Ende für die fast 5.000 EU-Beamten britischer Nationalität bedeuten), einige der ebenfalls ungeliebten EU-Agenturen mit Sitz auf der Insel (unter anderem zur europäischen Arzneimittelzulassung oder auch die derzeitige Europäische Bankenaufsicht!) müssten geschlossen bzw. auf den Kontinent verlegt werden, und auch die jährlich milliardenschweren Sonderzahlungen an die ehemaligen Kolonien des Empires im Rahmen der europäischen Entwicklungshilfe könnten endlich zur Disposition gestellt werden.

DIE FUNKTIONSELITE HAT SICH BEREITS VERABSCHIEDET

Dabei reicht ein Blick auf die Personalstruktur der Brüsseler Institutionen, um die wahre Tragweite zu erkennen: Der mögliche EU-Austritt ist längst im vollen Gange. Die bürokratische Politelite von den britischen Inseln hat sich vom europäischen Integrationsprozess längst verabschiedet und verlässt scharenweise Brüssel. In Zahlen ausgedrückt: Der britische Anteil an einflussreichen Positionen in der EU-Kommission hat sich in den vergangenen zehn Jahren von 9,6 auf 5,3 Prozent reduziert. Im Bereich Finanzdienstleistungen – einem für London traditionell wichtigen Politikfeld – ist Großbritannien nur noch mit mageren 3,5 Prozent präsent. Im Binnenmarkt-bereich gar nur noch mit 3 Prozent. Von den höchsten Toppositionen innerhalb der EU-Kommission besetzt das Vereinigte Königreich nur noch 10 Prozent.


Gleichzeitig scheint eine EU-Karriere für junge Briten nicht mehr attraktiv. Ihr Anteil unter den Bewerbern für das nicht zu unterschätzende Prüfungsauswahlverfahren betrug in den vergangenen drei Jahren nur noch 2,4 Prozent. Bei den erfolgreichen Kandidaten lag der Anteil bei enttäuschenden 2,6 Prozent (bei einem britischen EU-Bevölkerungsanteil von 12,7 Prozent). Selbst ein von London eigens ins Leben gerufenes »EU-Fast-Stream-Programm« zeigt keine Wirkung. Kein einziger der ausgebildeten diplomatischen Jungkarrieristen wollte danach tatsächlich auch den Weg in die Brüsseler Institutionen antreten.

Das offensichtliche Desinteresse an einem Berufsleben in der EU mag zwar auch daran liegen, dass es zwischenzeitlich durchaus lukrative Alternativen gibt. Obwohl noch immer die Ansicht herrscht, EU-Bürokraten würden fürstlich entlohnt und mit Privilegien quasi überschüttet, ist solch ein Job längst nicht mehr mit dem Schlaraffenland gleichzusetzen. Die Verdienstmöglichkeiten etwa in der Londoner City überstei-

gen bei weitem die Brüsseler Gehaltsstrukturen. Das ist aber auch in anderen Mitgliedstaaten so. Die Einstiegsgehälter für Top-Absolventen etwa in Deutschland sind zwischenzeitlich deutlich attraktiver als in Brüssel. Dennoch kann sich die neu geschaffene EU-Bankenaufsicht der übertrittswilligen Beamten aus der Deutschen Bundesbank kaum noch erwehren.

Die Bereitschaft wie auch das Interesse, in EU-Institutionen zu arbeiten, hängt augenfällig nicht nur vom Gehalt ab. Es ist zwar eine Binsenwahrheit, aber der europäische Einigungsprozess war und ist ein Elitenprojekt. Für einen funktionsorientierten Integrationsprozess sind Personen an Schlüsselpositionen wie auch sogenannte Multiplikatoren unumgänglich. Diese Elite geht in Großbritannien offensichtlich derzeit massiv verloren. Die Funktionseleite hat sich bereits verabschiedet, der Rest wird wohl folgen.

EIGENSTÄNDIGE AUSSENPOLITIK UND SOZIALE INTEGRATION

Worauf wir noch verzichten müssten? Jonathan Hill – der aktuelle EU-Kommissar von den britischen Inseln – müsste seinen Posten räumen. Und ganz ehrlich gesagt – wer würde ihn vermissen? Endlich könnte Europa darangehen, eine wirklich eigenständige Außenpolitik – nicht am Gängelband der USA und nicht durch andauernde Einflüsterungen aus London dominiert – aufzubauen. Endlich könnte Europa große politische Einigungsziele in Angriff nehmen. Dem Projekt der »sozialen Integration« würden beispielsweise nicht mehr die Freihandelsfixierten neoliberalen Integrationsbremsen von den britischen Inseln im Weg stehen. Der letzte bzw. einzige große Befürworter eines EU-Beitritts der Türkei wäre schlagartig vom Tisch. Europa könnte ein bisschen menschlicher und weniger finanzmarktorientiert werden. Kerneuropa könnte Realität werden. Wäre das alles wirklich so furchtbar? Nein, furchtbar ist, dass Europa darauf seit Jahrzehnten warten muss. Die lange Ungewissheit, ob die Freunde von der Insel ihre Drohung nun endlich wahr machen und auch wirklich gehen – sie wird am 23. Juni geklärt. Es wäre jedenfalls höchste Zeit, dass sie ihre Segel setzen und endlich aus Europa verschwinden. 

STEFAN BROCSA

ist Experte für Europarecht und internationale Beziehungen. Er lehrt an der Universität Salzburg.

Insel der Bevormundeten, Insel der Seligen

Evelyn Regner stellt dar, was der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union für das gesamte Projekt bedeuten könnte und warum alles gegen einen Brexit spricht.

Wenn am 23. Juni die Bürgerinnen und Bürger Großbritanniens über den Verbleib oder möglichen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union abstimmen, wird ihre Entscheidung eine definitive sein. In jedem Fall wird es den Willen der Bürgerinnen und Bürger letztlich zu respektieren gelten. Ein Ja ist ein Ja und ein Nein ist ein Nein. Fest steht, dass die Europäische Union in jedem Fall eine andere sein wird nach diesem Tag. Zu einem gewissen Grad ist sie das schon jetzt. Als sich der britische Premier David Cameron – um seine Wiederwahl fürchtend – an einem Tag vor rund drei Jahren vor die Presse stellte, war das Staunen im Rest Europas groß. Er spielte auf volles Risiko – alles oder nichts. Die britische Bevölkerung habe es satt, von der Europäischen Union bevormundet zu werden, so Cameron. Es sei nichts als seine Pflicht als Premier, diese Unmutsäußerungen ernst zu nehmen und ein Referendum abzuhalten – sofern er 2015 wiedergewählt würde. Er wolle Kompetenzen von der EU zurück nach Großbritannien holen, machte er klar. Und tatsächlich wurde der Premier wiedergewählt und machte Ende 2015 Ernst, als er seine Bedingungen für einen Verbleib Großbritanniens in der EU an den Ratspräsidenten Donald Tusk adressierte. Cameron ging mit der Ankündigung eines Referendums weiter als alle seine VorgängerInnen.

Wenige Monate später war jenes Szenario Realität geworden, dass über Jahrzehnte vermieden wurde – europafeindliche Stimmungen sind in Großbritannien übrigens keine neue Entwicklung. Europa ging auf die Bedingungen des Königreichs ein. Als sich im Februar die EU-Staats- und RegierungschefInnen mit dem britischen Premier David Cameron auf den »Britten-Deal« einigten, war ein erster großer Schaden angerichtet. Die Konsequenzen des Deals, die potenziellen Auswirkungen der Abstimmung und vor allem des Ergeb-

nisses werden insgesamt beträchtlich sein. Darüber sind sich die pro-europäischen Kräfte in Großbritannien und darüber hinaus im Klaren. Darüber müssen sich aber alle Bürgerinnen und Bürger Großbritanniens im Klaren sein. Denn den Schaden werden im Falle eines Austritts letztlich die Menschen selbst tragen müssen. Auf das Königreich kämen große wirtschaftliche, soziale, demokratie- wie sicherheitspolitische Probleme zu. Die Bertelsmann Stiftung errechnete bereits vergangenes Jahr, dass die möglichen Einbußen des britischen Bruttoinlandsprodukts bis zu 14 Prozent ausmachen könnten. Die OECD attestiert: Der Brexit würden jedem Briten und jeder Britin ein Monatsgehalt kosten.

Gleichzeitig würde der Chef der britischen Konservativen im Falle des Verbleibs ernst machen mit seinen Reformen – sie gehen vor allem zum Nachteil der sozial Schwächsten, schränken die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zusätzlich ein und machen über Jahrzehnte erarbeitete und etablierte Gleichbehandlungsrechte zunichte. Beide Szenarien sind problematisch, beide Wege ungewiss und gefährlich. Nichtsdestotrotz ist der Verbleib des Königreichs im Interesse der Mehrheit. Einen Brexit gilt es vor allem im Sinne der europäischen Idee zu vermeiden.

EIN SCHLECHTER DEAL

In den Augen vieler hat der britische Premier im Februar gut verhandelt. Doch David Cameron hat den Briten-Deal nicht im Sinne der BürgerInnen seines Landes ausverhandelt, sondern höchstens noch für die City of London als großer Finanzplatz. Denn die Zugeständnisse von EU-Seite, die Cameron den 27 anderen RegierungschefInnen beim Gipfeltreffen in Brüssel Ende Februar abringen konnte, würden ausnahmslos die Schwächsten in der Gesellschaft treffen. Hinzu kommt, dass die Einsparungseffekte, die Cameron sich und

allen durch die im Briten-Deal enthaltenen Forderungen verspricht, höchst fragwürdig sind. Er muss nun jedenfalls für den Verbleib des Königreichs werben. Im Gegenzug will der britische Premier Reformen in vier Politikfeldern durchführen, die zum Teil über Jahrzehnte aufgebaute europäische Errungenschaften in Frage stellen. Cameron selbst will eigentlich sogar EU-Primärrecht ändern, doch so weit soll es vorerst nicht kommen. Beim EU-Gipfel willigten die Staats- und RegierungschefInnen ein.

Großbritannien könnte künftig den Zugang zu Sozialleistungen für EU-AusländerInnen einschränken. Im Falle einer Überlastung des britischen Sozialsystems soll eine Notbremse gezogen werden können, die dann für maximal sieben Jahr aktiviert bleibt und EU-BürgerInnen von bestimmten Sozialleistungen ausschließt. Einer Person kann dabei der Zugang zu Lohnergänzungsleistungen, wie sie nur im Königreich üblich sind, für maximal vier Jahre verwehrt bleiben. Das ist eindeutig Sozialdumping bei ArbeitnehmerInnen – die Schwächsten werden gegeneinander ausgespielt. Theoretisch hätte jeder Mitgliedstaat die Möglichkeit, die Aktivierung einer solchen Notbremse prüfen zu lassen. Die EU-Kommission signalisierte bereits, dass eine solche Ausnahmesituation und Überlastung des britischen Sozialsystems bestehe. Da es sich bei den zu beschränkenden Sozialleistungen jedoch um einzigartige Lohnergänzungsleistungen handelt, die so in keinem anderen EU-Mitgliedstaat existieren, kann de facto nur Großbritannien davon Gebrauch machen – britisches Rosennicken par excellence, das auf einem seit Jahren gespeisten »Sozialtourismus«-Diskurs basiert.

Kindergeld an EU-BürgerInnen, deren Nachwuchs nicht in Großbritannien lebt, soll künftig an die sozio-ökonomischen Verhältnisse im jeweiligen EU-Mitgliedstaat angepasst sein. Im Kern dieses Vorhabens steht ebenfalls die Vorstellung des sogenannten Sozialtourismus. Kinder von in Großbritannien beschäftigten OsteuropäerInnen erhalten Unterstützung, die die Kindergeld-Leistungen etwa in Rumänien oder Polen deutlich übersteigen. Mit einer Indexierung soll dies künftig verhindert werden. Ab 1.1.2020 könnten alle Mitgliedstaaten die Indexierung und Koppelung der Höhe des Kindergelds an die jeweiligen nationalen Bedingungen vornehmen. Sogar Angela Merkel kündigte an, dies in Betracht zu ziehen. Und nur wenige Tage nach dem EU-Gipfel meldete sich auch Österreichs Europaminister Sebastian Kurz in ähnlichem Ton zu Wort. Die Kettenreaktion, die Großbritannien hier lostreten könnte, lässt sich nur erahnen. Das ist Sozialdumping bei

der zukünftigen Generation. Die Reform würde zwingend eine Abwärtsspirale festschreiben. Doch Europa muss bestehende Mindeststandards weiter nach oben entwickeln. Dem Staat muss jedes Kind gleich viel wert sein. Die große Kostenersparnis, die sich die BefürworterInnen von der Reform versprechen, könnte sowieso ausbleiben. Denn eine solche Reform verursacht auch immer neue Kosten, die von zusätzlichem Verwaltungsaufwand bis hin zum potenziellen Effekt gehen, dass Beschäftigte ihren Nachwuchs ins Land holen.

Abgesehen von der Kürzung von Sozialleistungen für EU-AusländerInnen konnte sich Cameron mit seiner Forderung nach mehr Mitsprache der nationalen Parlamente durchsetzen. Diese sollen künftig in der Lage sein, Verordnungen oder Richtlinien erheblich zu blockieren, sofern sie mehr als 55 Prozent aller Stimmen nationaler Parlamente repräsentieren. Weniger Diskussionen gab es bei dem Bekenntnis zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit in Europa. In puncto Bankenunion erhält Großbritannien die Möglichkeit, seine Banken – im Gegensatz zur Eurozone – selbst zu überwachen. Auch soll es begründeten Widerspruch zu Eurozonen-Beschlüssen einbringen können – ohne Mitglied der Währungsunion zu sein, kann das Königreich künftig bei einer Entscheidung der Eurozone eine erneute Diskussion erzwingen.

Die Zugeständnisse, die die 27 Staats- und RegierungschefInnen dem britischen Premier beim EU-Gipfel machten, sind in ihrer Tragweite unterschiedlich zu bewerten. Mit den gravierendsten Konsequenzen ist aber klarerweise bei der Kürzung bzw. Verwehrung von Sozialleistungen zu rechnen. Quer über unseren Kontinent erstarken NationalistInnen und RechtspopulistInnen, die eine Politik der Hetze und des Neids betreiben, die auf vermeintlich einfachen Lösungen aufbaut, wie etwa der Kürzung von Sozialleistungen für AusländerInnen oder Flüchtlinge. Mit dem Schlagwort des Sozialtourismus und der Infragestellung zentraler europäischer Errungenschaften, wie etwa der Personen- und ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit, wird falsche Politik gemacht. Dass Merkel und Kurz nur wenige Tage nach dem Briten-Deal Ankündigungen ins gleiche Horn stießen, zeigt mehr als deutlich, woher der Wind wehen wird.

WAS DANACH KOMMT

Mit dieser »Ausgangslage« mag der folgende Satz unschön anmuten. Doch all die genannten Zugeständnisse sind noch immer der bessere Weg. Denn die andere Option wäre das Ausscheiden Großbritanniens. Und gesamteuropäisch be-


trachtet ist der bewusste Austritt eines Mitgliedstaats aus der Union ein verheerendes Zeichen und Signal für das vereinte Europa und seinen Fortbestand. Der Austritt würde nicht nur innerhalb des Königreichs zu schweren Zerrüttungen führen, sondern könnte sogar soweit führen, dass sich am Ende Schottland vom Vereinigten Königreich unabhängig macht, um dann womöglich wieder Teil der Europäischen Union zu werden. Jedenfalls hat die schottische Ministerpräsidentin Nicola Sturgeon bereits angekündigt, im Falle des Brexits ein Unabhängigkeitsreferendum ähnlich dem von 2013 durchzuführen. Darüber hinaus würde ein Austritt auch für alle anderen anti-europäischen Bewegungen in Europa Aufwind bedeuten. Viele sähen sich in ihren Unabhängigkeits- oder Austrittsbestrebungen bestätigt, wenn erst einmal ein Mitgliedstaat den Schritt gewagt hat.

Es gibt kaum plausible und rationale Gründe, die einen Austritt auf sachlicher und vor allem ökonomischer Ebene für eine britische Bürgerin bzw. einen britischen Bürger rechtfertigen könnten. Nicht zuletzt die OECD belegte dies kürzlich, mit der Rechnung, dass der Brexit jedem Briten und jeder Britin ein Monatsgehalt kosten würde. Importe würden sich drastisch verteuern und die Exportzahlen schrumpfen. Das Einsparungspotenzial durch eingeschränkten Zugang zu Sozialleistungen bleibt höchst strittig. Nicht mitbedacht werden mögliche Effekte, die sich schließlich doppelt auf das öffentliche System niederschlagen. Und auch die Annahme, dass sich durch diese Reformen eine Entlastung des britischen Arbeitsmarkts und weniger Zuzug neuer ArbeitnehmerInnen aus den anderen EU-Mitgliedstaaten einstellen, ist ungewiss.

Es ist selbstverständlich nicht von der Hand zu weisen, dass große Teile der britischen Bevölkerung unzufrieden sind mit dem aktuellen Kurs der Europäischen Union. Doch die Annahme, ein nationaler Alleingang wäre der bessere Weg, ist falsch. 28 Sonderwege können niemals dazu führen, dass sich Europa insgesamt zum Positiven weiterentwickelt. Die jüngsten Herausforderungen, mit denen wir uns auf unserem Kontinent zwingendermaßen konfrontiert sehen, sind nicht einzelstaatlich zu lösen. Was wir jetzt brauchen, sind echte gemeinsame politische Lösungen für die drängenden Fragen unserer Zeit – von der Flüchtlingspolitik bis hin zum Kampf gegen Steuerschlupflöcher zum Vorteil der Konzerne. Europa muss – mit Großbritannien – wieder zu einer aktiven Rolle zur Verbesserung der Lebensrealität der Bürgerinnen und Bürger zurückkommen.

EUROPA ANDERS MACHEN

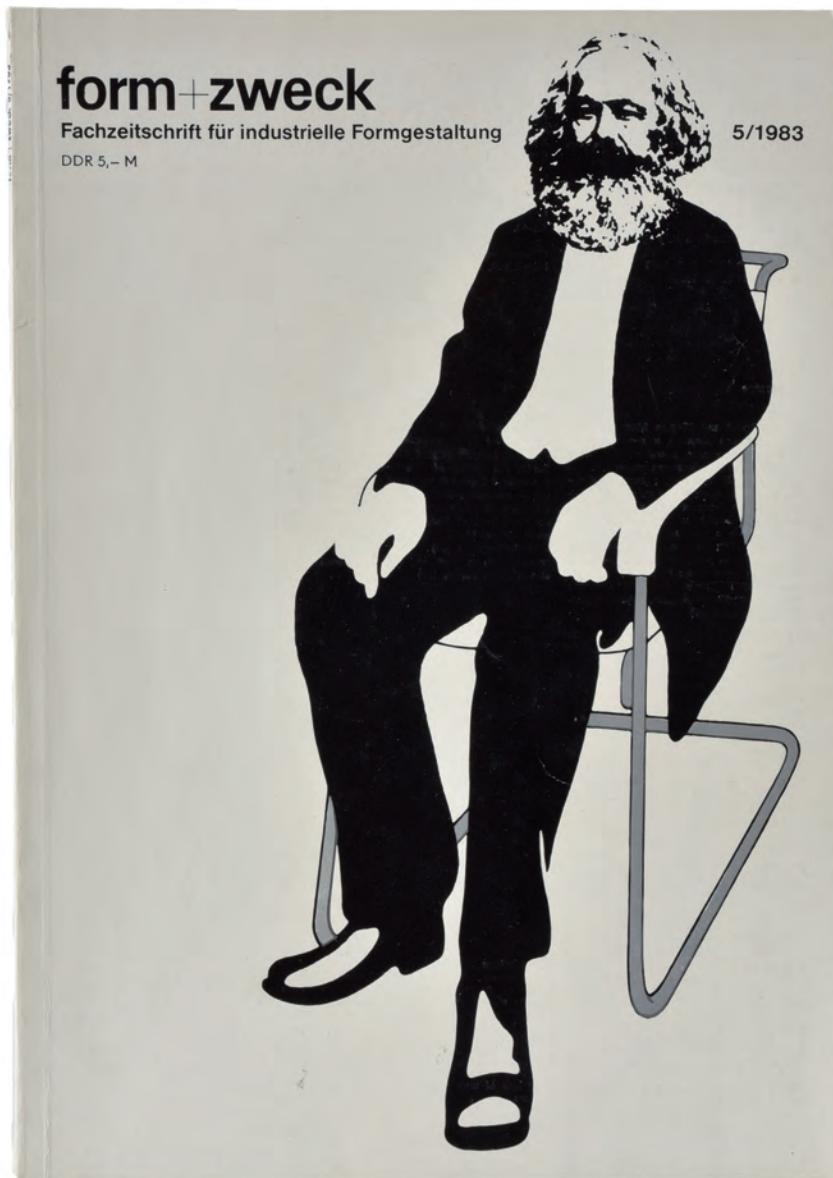
Um es mit Jeremy Corbyn, Vorsitzender der britischen Labour Partei, zu sagen: »Es gibt starke sozialistische Gründe für einen Verbleiben in der Europäischen Union. Und es gibt starke sozialistische Gründe für eine Reform und progressive Veränderungen in Europa.« Corbyn war stets und ist noch immer ein lautstarker Kritiker europäischer Politik – nicht zuletzt der getroffenen Maßnahmen im Zuge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise, getragen von einer konservativ-liberalen Mehrheit. Zwar gehen die Zahlen langsam zurück, doch über 21 Millionen Arbeitslose in 28 Mitgliedstaaten zeugen noch immer davon, dass die Krise nicht überwunden ist und die neoliberale Sparpolitik versagt hat.

Der Labour-Vorsitzende hat vollkommen Recht, wenn er sagt, dass Großbritannien genügend Gründe hat, um in der Union zu verbleiben. Und mindestens genauso viele Gründe sprechen dafür, gemeinsam an dieser Europäischen Union zu arbeiten, sie weiterzuentwickeln hin zu jener Sozialunion, die Europas SozialdemokratInnen stets vorschwebte. Camerons Weg der Ungleichbehandlung und Ausgrenzung von bestimmten EU-BürgerInnen ist der falsche. Stattdessen brauchen wir dringend einen Kurswechsel für mehr Wachstum und Beschäftigung in der EU. Politisches Handeln und Gestalten müssen gemeinschaftlich und sozial gerecht sein. Bis dato ist die Europäische Union zuvorderst eine Wirtschaftsunion. Aber das muss nicht für immer und ewig so bleiben. Im Gegenteil: Hin zu einer politischen Sozialunion müssen wir uns entwickeln – gemeinsam mit dem Vereinigten Königreich als integrativer Bestandteil dieser Union. 

EVELYN REGNER

ist Leiterin der EU-Delegation der SPÖ
und Abgeordnete zum Europäischen Parlament.

**MASSE
UND
KLASSE**
Museum der Dinge | Berlin



Zeitschrift »form + zweck«, Ausgabe 5/1983, Herausgeber: Amt für industrielle Formgestaltung
Titelgestaltung: Lothar Schelhorn, © Sammlung Werkbundarchiv – Museum der Dinge / Foto:
Armin Herrmann

Brexit: Ein Referendum über einen Schritt in die falsche Richtung

David Lizoain bewertet das Referendum als Abstimmung zwischen zwei schlechten Optionen und beleuchtet die in der Debatte vernachlässigte ökonomische Dimension. Als Alternative zum gegenwärtigen Aufstieg der Rechten und schlechten Optionen schlägt er eine transnationale Politik der Veränderung der europäischen Architektur vor.

Der Brexit-Kampagne liegt ein Paradoxon zugrunde. Die Mehrheit der Konservativen unterstützt einen radikalen Wandel und einen Sprung ins Ungewisse, während die Mehrheit der fortschrittlichen politischen Kräfte zurückbleibt, um eine besonders trostlose Variante des Status quo zu verteidigen. GewerkschafterInnen und die Labour Party haben sich in der Frage mit den Führungsetagen der Finanzunternehmen der City of London zusammengetan.

Das Referendum ist eine Wahl zwischen zwei falschen Optionen. Ein Abstimmungsergebnis für den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union unterstützt David Camerons Deal mit den übrigen EU-Partnern. Dieser Deal verkörpert die Verwässerung des britischen Einsatzes für das europäische Projekt – wenngleich abzuwarten bleibt, ob dieser Deal auch institutionell stabil ist. Andererseits ist eine Abstimmung für den EU-Austritt ein Votum für eine Abspaltung, die sowohl hinsichtlich ihres Zeithorizontes als auch ihres faktischen Gehaltes unsicher bleibt. Die BefürworterInnen eines Austritts versprechen eine einvernehmliche Scheidung, die jedoch im krassen Gegensatz zu den rauen Tönen aus Kontinentaleuropa und den USA steht. In der Angst um weitere Zerrüttungstendenzen in der Europäischen Union besteht kein Interesse an unkomplizierten Trennungen. Während ein Verbleib also kleinformatiges Flickwerk bedeutet, stellt ein Austritt eine Improvisierung im großen Stil dar. Der Wahlzettel bittet keine gute Wahl.

DIE NACHLASSENDE ANZIEHUNGSKRAFT EUROPAS

Es fällt besonders schwer, die gegenwärtige Europäische Union positiv und überzeugt zu verteidigen. Die optimistischsten Zeiten der Union, die auf dem Höhepunkt der Globalisierung

in der Schaffung des Euro gipfelten, sind längst vorüber. Die Vorstellung, dass der Euro dem Dollar Konkurrenz macht, scheint heutzutage lächerlich und dass sich Gordon Brown letztlich gegen Tony Blairs Absicht, dem Euro beizutreten, durchgesetzt hat, wirkt vorausschauend. Die ökonomische Anziehungskraft des Euro ist verblasst; ebenso wie die Vorstellung von Europa als richtungsweisende Versprechung. Sowohl für die früheren Diktaturen in Südeuropa (Spanien, Portugal, Griechenland), wie später auch für jene in Osteuropa und dem Baltikum verkörperte der Beitritt zur Europäischen Union die Konsolidierung der demokratischen Moderne. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union glich der Verabschiedung eines altgedienten Mitarbeiters in die Pension: Vielen Dank für ihren langen Dienst, aber wir erwarten zukünftig nichts mehr von ihnen. Das größte Hindernis für die europäische Integration heute ist der Zustand der europäischen Integration an sich. Es ist einfacher Argumente für eine Veränderung der Europäischen Union zu liefern als überzeugende Argumente für den Status quo.

Das Hauptargument für einen Verbleib in der EU ist somit ökonomisch. Internationale Organisationen, Think-Tanks und große Konzerne haben an der allgemeinen Überzeugung gearbeitet, dass ein EU-Austritt teuer wäre. Sie müssen gar nicht mehr bedienen als die Orthodoxie der Lehrbücher, der zufolge zusätzliche Beschränkungen auf Waren und Dienstleistungen, Kapital und Arbeit, schlecht für das Geschäft sind. Insbesondere der Verlust des Zuganges zu europäischen Märkten wird betont. Eine Stimme für keine Veränderung – Veränderung ist ja schließlich die Erfindung abscheulicher kontinentaler Jakobiner – ist eine Stimme der Vernunft. Andererseits stellt die Sorge über Einwanderung die Hauptantriebskraft hinter dem Brexit dar. Eine Stimme für den EU-Austritt wird

als Möglichkeit gesehen, verschärfte Kontrolle der britischen Grenzen durchzusetzen. Dennoch sind UnterstützerInnen des Brexit – trotz ihres wiederholten Anspruches auf britische Einzigartigkeit – in ihrem Verhalten viel eher zeitgenössisch europäisch als sie gerne zugeben möchten. Sie geben viele der Forderungen nach separatistischem Nationalismus quer durch Europa wieder. Ein verbreitetes Element dieses Diskurses ist der Rekurs auf die Souveränität; und insbesondere deren Wiedererlangung. Während die BefürworterInnen eines Verbleibes in der EU explizit für Offenheit – und implizit für die Globalisierung – argumentieren, kanalisieren die BefürworterInnen eines Austrittes die Angst um einen Kontrollverlust. Rechnet man Deindustrialisierung, die technologische Verdrängung menschlicher Arbeit und eine Unzahl anderer Entwicklungen, die sich aus der ungleichen Kapitalkonzentration ableiten, hinzu, erhält man naturgemäß eine Reaktion gegen die bestehende Ordnung. Was die verschiedenen souveränistischen Bewegungen in Europa tatsächlich unterscheidet ist die Frage, wen sie verantwortlich machen: eine Regierung, der man ablehnend gegenüber steht (z. B. in Großbritannien, Spanien oder Belgien), Bürokraten in Brüssel, MigrantInnen und AusländerInnen, oder alle zusammen.

SOVERÄNITÄT ALS SUBSTITUT FÜR DEMOKRATIE

Der Wunsch, die Kontrolle wiederzuerlangen, ist nachvollziehbar, muss aber in einem Kontext, in welchem der Nationalstaat – wenngleich nach wie vor wichtig – in ein Gefüge eingebettet ist, das die Fähigkeit unilateralen staatlichen Handelns empfindlich einschränkt, zwangsläufig enttäuscht werden. Souveränität ist nicht notwendigerweise ein Ersatz für Demokratie, und umgekehrt. Abgesehen von den mit einer Abspaltung verbundenen wirtschaftlichen Kosten, haben die Brexit-BefürworterInnen noch keine überzeugenden Argumente geliefert, wie eine Loslösung von der EU tatsächlich die Befugnisse des britischen Parlaments erweitern würde.

Die Brexit-BefürworterInnen wollen auf zwei Hochzeiten gleichzeitig tanzen: Beibehaltung der offenen Märkte mit Europa, aber ohne irgendeine unnötige Regulierung. Gegenwärtig diskutierte Alternativen zum Europäischen Binnenmarkt beinhalten Vereinbarungen auf Grundlage des WTO-Regelwerks, Nachahmungen der Schweizer oder norwegischen Abkommen mit der Europäischen Union oder sogar, wie Lordkanzler Michael Gove vorschlug, Abkommen nach dem Vorbild der EU-Vereinbarungen mit Albanien. Alle diese Szenarien würden eine Phase des Überganges und der Unsi-

cherheit mit sich bringen. Doch wie das schottische Weißbuch zu einer möglichen Unabhängigkeit Schottlands darlegte, haben sowohl das Schweizer als auch das norwegische Modell einen Verlust demokratischer Kontrolle zur Folge. Gegenwärtig hat Großbritannien einen Sitz am Tisch, den es nach einem Brexit nicht mehr hätte: Man würde anstatt den momentanen begrenzten Möglichkeiten zur Mitbestimmung des Regelwerks zum bloßen Befehlsempfänger werden. David Cameron hat Großbritannien eine selbstverschuldete Marginalisierung auferlegt; veranschaulicht durch seine Entscheidung, die Europäische Volkspartei zu verlassen und mit Parteien wie der polnischen PiS oder den ehemaligen »Wahren Finnen« eine Fraktion im EU-Parlament zu bilden. Er ist unfähig, das Offensichtliche zu artikulieren: Der Vorteil einer britischen EU-Mitgliedschaft ist der britische Einfluss in Europa.

Das ist insbesondere in Bezug auf die City of London offensichtlich. Es ist gut möglich, dass der Finanzplatz London der große Verlierer eines britischen EU-Austritts sein könnte. Gegenwärtig profitiert die City of London von einer Regierung, die als Vetomacht dienen kann und sie in Brüssel beschützt. Im Falle des Brexit wären konkurrierende europäische Mächte versucht, den bestehenden Handel der City of London durch regulatorischen Merkantilismus nach Kontinentaleuropa zu verlagern. Bei einem Brexit wäre es beispielsweise unwahrscheinlich, dass London weiterhin als Clearing-Stelle für Euro-Geschäfte fungieren würde.

Der ungezügelte Kapitalismus hat die Tendenz, sein eigenes Fundament zu untergraben. Im konkreten Fall sind nun einige der größten Förderer eines Regimes der uneingeschränkten Globalisierung gefährdet, mit den Konsequenzen einer populistischen Reaktion konfrontiert zu werden. Das Szenario erinnert an Karl Polanyis Doppelbewegung, der zufolge die Gesellschaft eine protektionistische Antwort gegen das Bestreben des freien Marktes, sich von allen gesellschaftlichen Sphären loszulösen und alles zu kommodifizieren, hervorruft. Zur Zeit Polanyis konnte der internationale Goldstandard dem Druck demokratischer Politik nicht standhalten. Es bleibt abzuwarten, ob es der demokratischen Politik gelingen wird, das moderne Äquivalent des Goldstandards – den Euro – zu reparieren oder zu ersetzen.

AUSSERHALB DES EURO, ABER POLITISCH DENNOCH EINGESCHRÄNK

Es ist interessant, diese Reaktion gegen Europa in einem Land zu beobachten, das nicht Teil der Eurozone ist, wenn man

bedenkt, dass ein Gutteil des Unmutes über die europäischen Institutionen von der Funktionsweise der Währungsunion herrührt. Griechische BürgerInnen können sich berechtigterweise darüber beschweren, wie die Rettungspläne umgesetzt wurden und das Land unter der Vormundschaft der Troika steht. Diese Kritik kann teilweise auch auf Länder wie Irland und Portugal verallgemeinert werden; sowie auf Länder wie Spanien und Italien, die einer weicherer und (manchmal) subtileren Form der Einmischung unterworfen sind. Alle diese Länder teilen die strukturelle Verfasstheit, dass es ihnen an Einfluss über ihre Geldpolitik mangelt, ihre Fiskalpolitik höchst eingeschränkt ist, sie nur über eine beschränkte Anzahl an Instrumenten der Industriepolitik verfügen, nur unzureichende Möglichkeiten haben dem Finanzsektor entgegenzutreten und keine Währungspolitik betreiben können. Kurz gesagt: Alle traditionellen Instrumente makroökonomischer Steuerung fehlen, was bedeutet, dass Regierungen – die im Kontext von Globalisierung und Liberalisierung des Kapitalverkehrs ohnedies nur schwer eine Politik der Vollbeschäftigung betreiben konnten – diese gar nicht verfolgen können.

In den Kernländern der Eurozone hat eine Reihe an kulturellen Stereotypen geholfen, die Vorstellung zu legitimieren, dass die Krise auf eine Peripherie, die kulturell anfällig für negative Entwicklungen sei, beschränkt ist und somit die Sicht auf die richtige Diagnose, dass die Krise des Euro letztlich eine Krise der Gesamtheit der Eurozone darstellt, verstellt. Den Regierungen der Kernländer fehlt es zudem auch an adäquaten Mechanismen, um auf negative Schocks zu reagieren. Deshalb steckt auch Finnland, ein wirtschaftlicher Musterschüler, der einen besonders harten Kurs im griechischen Schuldenstreit vertreten hatte, in der Stagnation. Frankreich hat heute, aller Wirtschaftsmacht zum Trotz, die höchste männliche Arbeitslosigkeit seit 100 Jahren. Der französische Präsident, der einst versprochen hatte, die Macht der Finanzindustrie einzudämmen, ernannte einen Rothschild-Banker – der Inbegriff etablierter Finanzmacht – zum Wirtschaftsminister.

Die mit der Zugehörigkeit zur Gemeinschaftswährung verbundenen Einschränkungen treffen auf Großbritannien nicht zu. Das Land hat – trotz des von der konservativen Regierung bevorzugten Austeritätskurses – finanzpolitischen Spielraum. Es hat nach wie vor Möglichkeiten für eine unabhängige Geldpolitik (vielleicht zu unabhängig). Theoretisch verfügt Großbritannien über mehr wirtschaftliche Autonomie als die meisten seiner Nachbarn. Aber weder die Vorteile von

politischem Handlungsspielraum, noch die Präsenz der City of London kamen der Bevölkerung im Allgemeinen zugute. Im Gegenteil: Die Existenz des Finanzplatzes London erschwert eine andere Politik. Großbritannien kann kaum als sozialdemokratisches Paradies eingestuft werden; ein größeres Ausmaß an Autonomie gegenüber dem europäischen und globalen Kontext ist weitgehend eine Illusion.

New Labour und die City of London erfreuten sich einer symbiotischen Beziehung. New Labour schöpfte einige Profite ab, während den Unternehmen freie Hand gelassen wurde. Dieses Modell wurde als derartiges Erfolgsrezept betrachtet, dass in Augenblicken maßloser Selbstüberschätzung Gordon Brown tatsächlich das Ende des Krisenzyklus verkündete. Während dieses Privileg von Nebeneinkünften aus den Kommandohöhen der globalen Finanzwelt weggefallen ist, ist der Finanzsektor keinesfalls schwächer. Und somit ist Großbritannien heute geplagt von weit verbreiteter Prekarität, einem steilen Anstieg an Null-Stunden-Verträgen und anderer Formen befristeter Arbeitsverträge und großer Ungleichheit: die Gesamtheit aller Symptome, die mit dem gegenwärtigen Kapitalismus in Verbindung gebracht werden.

Neoliberalismus und Krise gehen seit jeher Hand in Hand. Strukturanpassungen wurden quer durch die Entwicklungsländer perfektioniert; anfangs mittels autoritärer Durchsetzung in Chile nach dem Putsch gegen Allende. Später wurden in den 1980er Jahren weitere Experimente in Lateinamerika, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in Osteuropa und in den späten 1990er Jahren in Ostasien erprobt. Neu ist, dass nun nicht einmal die Heimatländer der mächtigsten Konzerne davon gefeit sind. Der gegenwärtige europäische Policy-Mix kann als Mischung von Austerität und Struktur-reformen beschrieben werden: der Washington Consensus, umgelegt auf einen neuen Kontinent. Austerität in diesem Kontext steht für Einschnitte im Sozialstaat unter dem Euphemismus der Haushaltskonsolidierung und Struktur-reformen als Codewort für die Liberalisierung von Arbeitsmärkten und als Strategie der Lohnzurückhaltung. Diese Formel wahrt die Profite, steuert aber kaum etwas zu einer breiten wirtschaftlichen Erholung bei. In Ermangelung ausreichender Nachfrage haben die Zentralbanken auf eine Politik der quantitativen Lockerung zurückgegriffen, die ein kolossales, von den Regierungen sanktioniertes Umverteilungsregime nach oben konsolidiert. Großbritannien ist weit davon entfernt gegen diese Entwicklungen immun zu sein und stand in der Umsetzung dieser Politik vielmehr an vorderster Front.

DIE FEHLENDE ALTERNATIVE TRANSNATIONALER POLITIK

Was in der Brexit-Debate großteils fehlt, ist die Bedeutung transnationalen Handelns für fortschrittliche politische Akteu- rInnen, um Kräften entgegenzutreten, die auf diesem Politik- feld bereits vorhanden sind: nicht nur den großen Konzernen, sondern dem Dickicht an Bestimmungen, das die transnatio- nale Globalisierung regelt und die durch die europäische Ar- chitektur verkörperte Hyperglobalisierung. Ob man nun will oder nicht: Politik wird bereits auf europäischer und globaler Ebene gemacht. Folglich ist das Konzept von sozialer Demo- kratie in einem Land heute so naiv wie noch nie.

Auf nationaler Ebene ist eine Partei als bloße Wahlma- schine, losgelöst von Gewerkschaften, Bewegungen und der Zivilgesellschaft, ein Garant für Schwäche. Eine Strategie, die auf Macht im Staat abzielt, muss um Unterstützung von au- ßen ergänzt werden. Und gleichermaßen muss eine Strate- gie, die auf die nationale Ebene beschränkt ist, zwangsläufig in große Probleme geraten. Diese Einsicht ist keineswegs neu, doch der Fall von Syriza ist ziemlich anschaulich: Die Syri- za-Regierung war fast gänzlich unvorbereitet, um auf trans- nationaler Ebene zu agieren und pan-europäische Politik zu betreiben. Darüber hinaus stand sie vor dem zusätzlichen Pro- blem, dass die europäische Sozialdemokratie scheinbar eher daran interessiert war, Syriza scheitern zu sehen als an einer Änderung der europäischen Architektur zu arbeiten, um nicht selbst elektoral verdrängt zu werden. Die neue Bewegung von Yanis Varoufakis – DIEM 25 – verkörpert wiederum eher einen unilateralen Fokus auf transnationales Handeln.

Genauso wie Prozesse in den Institutionen mit Ereignis- sen außerhalb in Verbindung gebracht werden müssen, müs- sen das Nationale und das Transnationale koordiniert werden. Nur so kann Bewegung in die großen Fragen wie den Klima- wandel, Steuerflucht und die – fast ein Jahrzehnt nachdem es offensichtlich wurde – noch immer nicht erfolgte Aufgabe der Reparatur des globalen Finanzwesens kommen. Das heißt: eine Kursänderung hin zu lokalem Denken, aber europäi- schem und globalem Handeln, da dort der Kampf um mehr Demokratie ausgetragen wird. Das Scheitern von früheren und bestehenden Internationalen soll als Beleg dafür gelten, dass diese Aufgabe beängstigend, aber nicht sinnlos ist.

In der Zwischenzeit werden wir beobachten wie natio- nalistische Bewegungen für Souveränität in Anbetracht eines Status quo in Europa, dessen Legitimität immer mehr brö-

ckelt, an Stärke gewinnen. Das aufstrebende populistisch- rechtsextreme Lager Europas – mit seinem Hass auf EinwanderInnen – ist dessen gefährlichstes Symptom. Es wäre ein schwerer Fehler, dieses nur als elektorales Problem zu sehen, dass gelöst werden muss. (D. h.: Wie weit sollen sich etablierte Parteien an Rassisten anbieten, im Versuch an der Macht zu bleiben?). Dieses aufstrebende Projekt der Rechten besteht in der Neuformulierung vorherrschender europäischer Werte. Wenn jede/jeder an ihre Argumente glaubt, haben sie bereits gewonnen. In diesem Fall wäre das größte Opfer die kosmo- politische Perspektive, die eine Vorbedingung ist, um sich überhaupt an einem transnationalen Kräfteingen zu betei- ligen. Sollte Großbritannien für den Verbleib in der EU stim- men, wäre dies kein mitreißender Erfolg für diese kosmopo- litische Perspektive, aber sollte für den EU-Austritt gestimmt werden, wäre das eine kolossale Niederlage.

DAVID LIZOAIN

ist spanisch-kanadischer Ökonom, der gegenwärtig in London lebt und arbeitet. Der englische Text wurde von Lukas Neißl ins Deutsche übersetzt.



Zeitschrift »form + zweck«, Ausgabe 3/1987, Herausgeber: Amt für industrielle Formgestaltung
 Titelgestaltung: Christine Koch, © Sammlung Werkbundarchiv – Museum der Dinge /
 Foto: Armin Herrmann

**MASSE
UND
KLASSE**
Museum der Dinge | Berlin

'65 Zentralinstitut für Gestaltung Berlin



Zeitschrift »form + zweck«, Ausgabe 2/1965, Herausgeber: Amt für industrielle Formgestaltung
Titelgestaltung: Günter Knobloch, © Sammlung Werkbundarchiv – Museum der Dinge /
Foto: Armin Herrmann

Nachlese: Oktoberstreik 1950

Die Streikbewegung gegen das vierte Lohn- und Preisabkommen im September und Oktober 1950, in der Literatur schlicht als »Oktoberstreik« bezeichnet, zählt zu den Schlüsselereignissen der Zweiten Republik und ist auch ein prägendes Ereignis in der Geschichte des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Peter Autengruber hat gemeinsam mit Manfred Mugrauer die Ereignisse in einem neu erschienen Buch aufgearbeitet und skizziert in seinem Beitrag die Eckpunkte der Oktober-Ereignisse und ihrer inner-gewerkschaftlichen Folgen.

Der spontan ausgebrochene Streik wurde anfangs von vielen, auch sozialistischen Arbeitern und Arbeiterinnen, unterstützt. Nach einer Unterbrechung übernahm in der zweiten Phase der kommunistische Gewerkschaftsflügel die Führung. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges wurde der Streik als politischer Putschversuch der KPÖ gewertet und ist vielfach nur als parteipolitische Auseinandersetzung in Erinnerung.

Die Reaktionen der Gewerkschaften gegen die am Streik Beteiligten sind dagegen nur wenig im Bewusstsein geblieben. 78 Gewerkschaftsfunktionäre/innen wurden wegen Verstoßes gegen die Statuten und die Geschäftsordnung des öGB aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, darunter auch der Vizepräsident und Mitbegründer des öGB, Gottlieb Fiala (1891–1970). Unter den 78 Ausgeschlossenen waren 73 Kommunisten/innen, vier Betriebsräte aus der Steiermark gehörten dem VdU an, einer der SPÖ. Von den 78 Personen waren 74 Männer und vier Frauen (Kommunistinnen).

65 Jahre nach diesem Ereignis setzte der öGB eine Kommission ein, bestehend aus Univ.-Prof. i.R. Dr. Rudolf Hautmann (bis 2005 Vorstand des Instituts für Neuere und Zeitgeschichte der Universität Linz), Mag. Manfred Mugrauer (Alfred Klahr Gesellschaft, Dokumentationsarchiv des Österreichischen Gewerkschaftsbundes), Dr.in Brigitte Pellar (vormals AK Wien) und dem Autor dieses Beitrages.

Aufgabe des Teams war es, den aktuellen Forschungsstand zusammenzufassen und neue Recherchen zur Streikbewegung anzustellen, insbesondere zu den Ausschlüssen und

Funktionsenthebungen der führend Beteiligten. Besonderes Augenmerk sollte auf Gottlieb Fiala gerichtet sein. Das Team zeigte auf, dass die These vom kommunistischen Putschversuch in der Wissenschaft bereits seit den 1970er-Jahren in Frage gestellt und spätestens 1991 mit dem Symposiumsband von Michael Ludwig/Klaus-Dieter Mulley/Robert Streibel, »Der Oktoberstreik 1950« widerlegt war. In gewerkschaftlichen Geschichtsdarstellungen dagegen wurde großteils noch an der Putschthese festgehalten.

Das Team zeigte ferner auf, dass viele kommunistische Funktionäre/innen später (stillschweigend) wieder in die Gewerkschaft aufgenommen wurden; Gottlieb Fiala als Symbolfigur war allerdings nicht darunter. Auf Grund dieser Tatsachen beschloss der Bundesvorstand des öGB am 29. Oktober 2015: »Da die Behauptung, es habe sich bei den Oktoberstreiks 1950 um einen kommunistischen Putschversuch gehandelt, nach heutigen historischen Erkenntnissen widerlegt ist, sind alle gewerkschaftlichen Bildungsunterlagen, soweit das noch nicht erfolgt ist, dementsprechend anzupassen. Darüber hinaus wird festgehalten, dass die damals in Folge der Streiks ausgeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder, allen voran das öGB-Gründungsmitglied Gottlieb Fiala, nach heutigem Wissensstand nicht auszuschließen gewesen wären.«

Manfred Mugrauer und Peter Autengruber forschten weiter. Es gelang ihnen, ausschließlich auf Grund von Primärquellen, 78 Ausgeschlossene zu identifizieren und mit Kurzbiographien vorzustellen, was gar keine so leichte Aufgabe war, zumal es vor allem kein zentrales Archiv des öGB gibt. Zudem konnten sich die Ausgeschlossenen an die Diszipli-

1. Hugo Pepper, Die Kommunisten sprangen auf ein laufendes Pferd, in: Ludwig/Mulley/Streibel (Hg.), Der Oktoberstreik 1950, S. 196–197, hier S. 197, sowie sein Diskussionsbeitrag S. 192.

narkommission wenden. Von dieser Einrichtung sind aber keine Unterlagen erhalten geblieben, ebenso wenig Personalunterlagen der zwölf gekündigten Gewerkschaftssekretäre. Die nächste und letzte Berufungsinstanz für die Ausgeschlossenen war der Gewerkschaftstag der jeweiligen Teilgewerkschaft. Daher war es notwendig, sich die Unterlagen – soweit noch vorhanden – über die in den Folgejahren abgehaltenen Gewerkschaftstage anzusehen. Der Beobachtungszeitraum erstreckte sich also weit über das Jahr 1950 hinaus. Anzumerken ist auch, dass der öGB 1950 aus 16 Teilgewerkschaften bestand (heute sind es sieben). Für eine zielgerichtete Recherche muss man also wissen, wo die Archivalien der ehemals selbstständigen Gewerkschaften aufbewahrt werden. Wichtige Archivalien fanden sich auch in der Arbeiterkammer Wien und in der Arbeiterkammer Oberösterreich.

Im Buch werden die Rahmenbedingungen des Jahres 1950 (Marshallplan und Lohn- und Preisabkommen) zusammengefasst, und anschließend wird der Streik überblicksmäßig dargestellt. Vom Ausmaß der Protestwelle gegen das vierte Lohn- und Preisabkommen war die KPÖ überrascht, aber es gelang ihr erst nach einer Unterbrechung in der zweiten Phase die Führung an sich zu reißen. In der ersten Phase wurde die Streikbewegung auch von vielen sozialistischen Betriebsratskörperschaften getragen. In Oberösterreich, wo der VdU in der vÖEST oder in den Stickstoffwerken starke Positionen innehatte, beteiligte er sich ebenso am Streik.

öGB und Regierung deuteten den Streik von Beginn an als Gefahr für die Demokratie und funktionalisierten vor dem Hintergrund des Kalten Krieges den in der österreichischen Gesellschaft breit verankerten Antikommunismus. Das Ausmaß der Streikbewegung wurde heruntergespielt, der Streik als von der KPÖ von langer Hand vorbereitet und von ihr inszeniert eingeschätzt und die Putschlegende erfunden. Die Streikunterbrechung war eine Fehlentscheidung, die auch die KPÖ retrospektiv zugab. Die Unterbrechung nahm der Bewegung ihren spontanen Charakter; die Wiederaufnahme gelang nur zum Teil. Für öGB und Regierung war die Unterbrechung eine willkommene Verschnaufpause, um mit einer publizistischen und propagandistischen Offensive das Vertrauen der Mitglieder zurückzugewinnen.

In der letzten Phase des Streiks kam es zu den von den Medien ausgeschlachteten Ereignissen, wie die Besetzung von Bahnhöfen und Postämtern in Niederösterreich oder Verkehrsbehinderungen und Straßenblockaden in Wien. Die

Regierung bot die Exekutive auf; vor allem in den westlichen Bundesländern. Die Gewerkschaft griff zur »Selbsthilfe«: Der Vorsitzende der Gewerkschaft Bau-Holz, Franz Olah, und die Nationalratsabgeordneten Otto Probst und Edmund Reismann organisierten »Mannschaften« zur Niederschlagung des angeblichen Putsches. In der Folge gelang es Olah, sich auf Grund seiner guten Medienverbindungen in den Vordergrund zu schieben.

Bemerkenswert ist der Zeitablauf. Olah griff erst ein, als ohnehin klar war, dass die Streikbewegung zusammengebrochen war und dass es sich bei den Straßenblockaden um Verzweiflungsakte handelte. Der Einschätzung des Sozialdemokraten und Widerstandskämpfers Prof. Hugo Pepper ist nichts hinzuzufügen: »Im Grunde hatten die kommunistischen Gewaltakte jedoch ebenso marginale Bedeutung wie die vom Bauarbeiter-Gewerkschafter Olah organisierten Kontra-Prügelgarden.« Und dass Olah der Retter Österreichs gewesen sei, sei »einfach eine läppische Legende«.¹

Eine wichtige Rolle während des Streiks spielte das Verhalten der Besatzungsmächte. Die Sowjets wollten keine Eskalation bzw. keine Konfrontation mit den Westmächten. Aber auch die US-Besatzungsmacht reagierte auf den Streik mit äußerster Vorsicht.

Zwei Ereignisse beschäftigten öGB und Arbeiterkammer längerfristig. Einerseits der Sturm auf den Österreichischen Gewerkschaftsbund und andererseits die kurzfristige Besetzung der AK Oberösterreich.

USIA-Werkschutz aus dem Erdölgebiet Zistersdorf war eines Tages vor das geschlossene Gebäude des öGB vorgefahren, zog aber bald wieder ab. Später versuchte der zu diesem Zeitpunkt noch nicht ausgeschlossene Vizepräsident Gottlieb Fiala mit unbekannter Begleitung sich Zutritt zu seinem Büro zu verschaffen, wurde jedoch nach einer Diskussion abgewiesen. Und nach einer Demonstration am Ballhausplatz (26. September) gelang es Demonstrierenden tatsächlich, in die Räumlichkeiten des öGB einzudringen. Sie verlangten Präsident Böhm zu sprechen. Es waren allerdings kommunistische Betriebsräte und öGB-Vizepräsident Fiala, die in den öGB eilten und die Demonstrierenden von Präsident Böhm, der tatsächlich erschienen war und eine kurze Rede gehalten hatte, trennten.

Ähnlich vierhielt es sich mit dem sogenannten KP-Sturm auf die Arbeiterkammer Oberösterreich. Die Hauptverant-

wortung der Ereignisse rund um die Besetzung der AK Oberösterreich lag beim VdU. Ein bekannter VdU-Landtagsabgeordneter hielt vor Tausenden Demonstrierenden Reden. Wieder griffen vermittelnd Kommunisten ein. Nach Ende des Streiks wurde einem KP-Kammerrat das Mandat aberkannt; die Rolle des VdU nicht weiter problematisiert.

Unter den ausgeschlossenen KP-Gewerkschaftsfunktionären befanden sich einige prominente Persönlichkeiten. Neben dem schon erwähnten Vizepräsidenten Gottlieb Fiala wäre der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft (heute GPA-djp) Leopold Hrdlicka, der Vater des bekannten Bildhauers, zu nennen. Ein weiterer Name wäre Fritz Lauscher, stellvertretender Vorsitzender des ÖGB Niederösterreich. Der bekannte Widerstandskämpfer Karl Flanner (1920–2013) war zum Zeitpunkt des Ausschlusses stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft in Niederösterreich. Hrdlicka und Flanner wurden später wieder in die Gewerkschaft aufgenommen.

In der Gewerkschaft der öffentlich Angestellten (heute GÖD) ist das Vorstandsmitglied Dr. Moritz Fels-Margulies (1910–1964) zu nennen, sowie der Kriminalrevierinspektor Johann Kouril (1919–1991), stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der öffentlich Angestellten.

Die meisten Ausschlüsse gab es in der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter, nämlich 23. Zweifellos der bekannteste unter ihnen war August Moser (1896–1986), Sekretär der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter in Steyr, der im Übrigen am Streik nicht führend beteiligt war, auch nicht als Mitglied des Streikkomitees in den Steyr-Werken.

Zwei Namen seien noch hervorgehoben: Der Herrenschneider Egon Kodicek (1913–1982), stellvertretender Vorsitzender und Sekretär der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter, sowie der Tischler Fritz Neubauer (1905–1974), Sekretär und stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter.

Interessant ist allerdings auch, dass das Verhalten innerhalb der einzelnen Gewerkschaften gegenüber der kommunistischen Fraktion recht unterschiedlich war. So konnte etwa der kommunistische Gewerkschaftsflügel am Gewerkschaftstag der Privatangestellten durch einen Generalredner sehr ausführlich seinen Standpunkt darstellen. In anderen Gewerkschaften war

dies nicht der Fall. Und es gab auch Gewerkschaften, die ohne Ausschlüsse auskamen, nämlich die Gewerkschaft der Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft, die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, die Gewerkschaft der Arbeiter für persönliche Dienstleistungen und Vergnügungsbetriebe, die Gewerkschaft Hotel- und Gastgewerbe und die Gewerkschaft der Post- und Telegraphenbediensteten.

Anders zu beurteilen sind Sanktionen gegen kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre und -funktionärinnen in den Arbeiterkammern. Gewählte Kammerräte konnten nicht abgesetzt werden, aber man konnte sie von der Mitarbeit in den Ausschüssen abziehen, denn diese basierten auf freiwilliger Parteienvereinbarung (Die KP-Fraktion hatte nämlich nicht die Stärke, um automatisch in den Ausschüssen vertreten zu sein.). Und so geschah es auch: Beispielsweise wurde der erwähnte Fritz Neubauer aus dem sozialpolitischen Ausschuss der Arbeiterkammer entfernt.



PETER AUTENGRUBER

ist Historiker, Verlagsangestellter und Betriebsratsvorsitzender (FSG). Er ist Co-Autor eines neu erschienen Werks zum Oktoberstreik 1950.

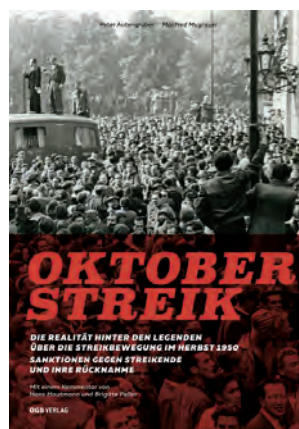
Peter Autengruber /

Manfred Mugrauer

Oktoberstreik

ÖGB Verlag, 2016

224 Seiten, 24,90 Euro





Cremedose Florena, um 1989, Hersteller: VEB, Chemisches Werk Miltitz Florena Waldheim-Döbeln
© Sammlung Werkbundarchiv – Museum der Dinge / Foto: Armin Herrmann

Menschenwürde, smarte Diktatur & Maud Gonne



Daniel Fuhrhop VERBIETET DAS BAUEN!

Gegen Abriss und Bauwahn wehren sich viele Menschen; sie kämpfen für historische Häuser oder für Freiräume. Daniel Fuhrhop räumt schonungslos mit Mythen auf: Passivhäuser sind eben nicht ökologisch und der Neubau von Wohnungen ist alles andere als sozial. Zudem liefert er innovative und mutige Ideen, um Altbauten zu erhalten, Leerstand zu beseitigen und unsere Städte neu zu beleben.

OEKOM VERLAG, 192 Seiten, 18,50 Euro



Dieter von der Pfordten MENSCHENWÜRDE

Die Menschenwürde ist der zentrale Wert unserer Ethik und unseres Rechts. Zuletzt ins Bewusstsein getreten und im Recht verankert, hat sie sich mittlerweile vor alle Menschenrechte geschoben.

Doch wieso taucht die Einsicht in die Menschenwürde erst so spät auf? Und warum hat sie diese besondere Stellung? Was ist überhaupt die Menschenwürde? Und wodurch wird sie verletzt?

C. H. BECK VERLAG, 128 Seiten, 9,30 Euro



Harald Welzer DIE SMARTE DIKTATUR

Das Private verschwindet, die Macht des Geldes wächst ebenso wie die Ungleichheit, wir kaufen immer mehr und zerstören damit die Grundlage unseres Lebens. Statt die Chance der Freiheit zu nutzen, werden wir zu Konsum-Zombies, die sich alle Selbstbestimmung durch eine machtbesessene Industrie abnehmen lässt, deren Lieblingswort »smart« ist. Was heißt das für unsere Gesellschaft?

S. FISCHER, 320 Seiten, 20,60 Euro



Alex Perry IN AFRIKA

Aus dem Englischen von Michael Bischoff. Alex Perry beschreibt ein Afrika, das sich in einer Phase geradezu wütender Selbstbehauptung befindet. Auf seiner Reise traf er Unternehmer und Warlords, Professoren und Drogenschmuggler, Präsidenten und Dschihadisten und ermöglicht uns so einen ebenso eindringlichen wie facettenreichen Blick auf das moderne Gesicht Afrikas.

S. FISCHER, 544 Seiten, 25,70 Euro



Michael Gamper DER GROSSE MANN

In diesem Buch geht es nicht darum, die Ereignisgeschichte der »großen Männer« zu rehabilitieren. Vielmehr legt Gamper dar, wie sich in der Frühen Neuzeit aus tradierten antiken Vorstellungen, idealistischen Konzepten, innovativen Machtstrategien und literarischen Fiktionen eine politische Retterfigur herausbilden konnte, der zugetraut wurde, ein soziales Ganzes herzustellen.

WALLSTEIN VERLAG, 432 Seiten, 30,80 Euro



Elsemarie Maletzke MAUD GONNE

Sie war der Paradiesvogel des irischen Freiheitskampfes: Maud Gonne, sehr groß, sehr glamourös und sehr eigensinnig. Sie wurde 1866 als Tochter eines englischen Offiziers geboren – und so wie sie Irland liebte, so hasste sie das britische Empire. Für die Rechtlosen war sie die »Frau von den Feen«, die Wunder bewirkte, für ihre Feinde eine »unkontrollierbare Revolutionärin«.

INSEL VERLAG, 318 Seiten, 25,70 Euro

Schönbrunn, Kalkutta & Edinburgh



André Heller
DAS BUCH VOM SÜDEN

Ein »fleißiger Taugenichts« ist Julian Passauer. Im Dachgeschoss von Schloss Schönbrunn wächst der Sohn des stellvertretenden Direktors des Naturhistorischen Museums auf, umgeben vom Teehändler und »Hauswüstling« Hugo Cartor, dem philosophierenden »Warzenkönig« Grabowiak oder dem ehemaligen Weltklassenschwimmer Graf Eltz, einem begnadeten Geschichtenerzähler.

ZSOLNAY VERLAG, 336 Seiten, 25,60 Euro



Neel Mukherjee
IN ANDEREN HERZEN

Aus dem Englischen von Giovanni und Ditte Bandini. Kalkutta, 1967 – die Stadt befindet sich im Aufruhr, Studenten liefern sich Straßenschlachten mit der Polizei, Betriebe werden bestreikt. Angetrieben von dem Wunsch, sein eigenes Leben und die Welt zu verändern, hat sich Supratik, der älteste Enkel im Haus der Ghoshes, einer maoistischen Gruppierung angeschlossen.

VERLAG ANTJE KUNSTMANN, 640 Seiten, 26,80 Euro



Jane Gardam
EINE TREUE FRAU

Aus dem Englischen von Isabel Bogdan. Manchmal vergisst Betty, dass sie keine Chinesin ist, so selbstverständlich nah ist ihr das Land. Diese Liebe zum Fernen Osten verbindet sie tief mit ihrem künftigen Mann Edward Feathers, dem jungen Star unter den Richtern der Krone in Hongkong. Als Betty Edward ewige Treue verspricht, weiß sie intuitiv, dass ihre Ehe kaum auf wilder Leidenschaft gründen wird.

HANSER BERLIN, 272 Seiten, 22,60 Euro



Rachel Cusk
OUTLINE

Aus dem Englischen von Eva Bonné. Eine Schriftstellerin reist im Hochsommer nach Athen, um dort einen Schreibkurs zu geben. Während ihre eigenen Verhältnisse vorerst im Dunkeln bleiben, wird sie zur ZuhörerIn einer Reihe von Lebensgeschichten und –beichten. Beginnend mit dem Sitznachbarn auf dem Hinflug, seinen Schilderungen von schnellen Booten und gescheiterten Ehen.

SUHRKAMP, 235 Seiten, 20,60 Euro



Ian Rankin
DAS GESETZ DES STERBENS

Aus dem Englischen von Conny Lösch. In seinem 20. Fall ermittelt John Rebus gemeinsam mit Siobhan Clarke und Malcolm Fox. Detective Inspector Siobhan Clarke untersucht den Tod eines Edinburgher Anwalts, der von einem Einbrecher in seiner Wohnung getötet wurde. Doch der Fall wird rätselhaft, als man eine anonyme Botschaft an den Anwalt findet: »Ich bringe dich um für das, was du getan hast.«.

MANHATTAN VERLAG, 480 Seiten, 20,60 Euro



Sally Mcgrane
MOSKAU UM MITTERNACHT

Aus dem Amerikanischen von Marieke Heimburger. Max Rushmore, abgehaltener Russland-Experte und eben von seinem Arbeitgeber, der CIA, herabgestuft, soll den Nachlass von Sonja Ostranova ordnen. Schlittschuhläufer am Moskauer Patriarchenteich hatten ihre halbgefrorene Leiche auf einer Parkbank entdeckt. Angebliche Todesursache: Herzversagen.

EUROPA VERLAG, 312 Seiten, 18,50 Euro


Löhne und Deflation

Unmittelbar vor dem Pfingstwochenende konnte bei den Tarifverhandlungen der deutschen Metall- und Elektroindustrie mit ihren 3,8 Millionen Beschäftigten eine Einigung erzielt werden, die von Medien und ÖkonomInnen durchwegs als Erfolg bewertet wurde. Für eine Laufzeit von 21 Monaten wurde eine Lohnerhöhung um 4,8 % vereinbart. Dazu kommt eine Einmalzahlung von 150 Euro. Als besonders verantwortungsbewusst wurde die Differenzierungsklausel gesehen, die es den Tarifvertragsparteien ermöglicht, für Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Einmalzahlung sowie Teile der Lohnerhöhung zu verschieben. Angesichts der niedrigen Inflation und schwächeren Produktivitätsentwicklung, so die Argumentation, sei das Verhandlungsergebnis ein großer Erfolg. Es verspreche höhere Reallöhne und mehr Konsum.

Vor dem Hintergrund der bedeutenden Rolle, die Deutschlands Arbeitsmarkt bei der Bewältigung der Krise in der Eurozone zukommt, ist das Ergebnis eher enttäuschend. Es erhöht die Gefahr von neuerlicher Stagnation und Deflation und verhindert, dass die Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands, die Deflation und Arbeitslosigkeit exportieren, abgebaut werden. 2015 betrug der Überschuss in der Leistungsbilanz 8,6%. Laut Prognosen wird er in den nächsten Jahren auf hohem Niveau stagnieren. Die Exporterfolge, die sich zuletzt aufgrund der Krise in den Schwellenländern und insbesondere Chinas eingetrübt haben, reflektieren sicherlich hohe technologische Standards, allerdings spielt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit über moderate Löhne eine wesentliche Rolle, insbesondere Lohndumping, begünstigt durch den Anstieg prekär Beschäftigter. Schließlich stellen prekär Beschäftigte eine ähnliche Konkurrenz für Normalarbeitsverhältnisse dar wie Arbeitslose, was den Lohndruck auch in diesem Bereich senkt. Dies ist ein euroraumweites Phänomen: Jeder zweite seit 2013 neu geschaffene Arbeitsplatz ist als prekär

einzustufen. Seit Krisenausbruch ist somit im Durchschnitt der Euroraumländer die Lohnzurückhaltung noch viel stärker gestiegen als vor der Krise. Dies hängt auch mit den Anpassungsmaßnahmen in den sogenannten Krisenstaaten, der Schwächung der Gewerkschaften und bestehender Lohnverhandlungssysteme Richtung Dezentralisierung in diesen Ländern zusammen.

Das Beispiel Japans zeigt, dass die langanhaltende Deflationsperiode auch darauf zurückzuführen ist, dass die nominalen Löhne seit langer Zeit nicht mehr steigen. Zuletzt gab es Versuche des Staates, über *moral suasion* die Unternehmen zu höheren Lohnabschlüssen zu bewegen. Dies ist aber gescheitert, nicht zuletzt deshalb, weil die Koordinierungsfunktion des Lohnverhandlungssystems erodiert ist.

Der Euroraum braucht dringend eine Beschleunigung des Lohnwachstums, um die Abwärtsspirale von schwachen Löhnen, unterdurchschnittlicher Produktivitätsentwicklung und sinkender Inflation zu durchbrechen. Deutschland spielt hier eine Schlüsselrolle. Die »goldene Regel«, die besagt, dass Löhne mit der Produktivität und dem Inflationsziel der EZB (von nahe 2%) steigen sollen, müsste in der derzeitigen außergewöhnlichen Situation, in der die Produktivität u. a. wegen zu niedriger Lohnzuwächse nicht stark steigt, adaptiert werden. Nicht nur das Inflationsziel müsste berücksichtigt werden, sondern auch das mittelfristige Produktivitätswachstum, das sich am Durchschnitt einiger Jahre bzw. am langfristigen Trend orientiert. Weder die »goldenen Regel« noch jene in adaptierter Form findet derzeit Anwendung. Die Lohnabschlüsse liegen in der Regel weit darunter. Dies ist der Kern des Problems der Eurozone. 

ELISABETH BLAHA

ist Wirtschaftsforscherin in Wien.



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name:

Straße:

Ort/PLZ:

Tel.:

E-Mail:

Unterschrift: